

BENJAMIN WELLER

Kirche und Streikrecht

Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen

Mohr Siebeck

TÜBINGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von
Mitgliedern der Juristischen Fakultät
der Universität Tübingen

Band 126



Benjamin Weller

Kirche und Streikrecht

Eine verfassungs- und arbeitsrechtliche Analyse des
„Dritten Weges“ der verfassten Kirchen und ihrer
Einrichtungen

Mohr Siebeck

Benjamin Weller, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen; Rechtsreferendariat am Landgericht Stuttgart; 2018 Promotion; seit 2017 Rechtsanwalt in Stuttgart.
orcid.org/0000-0001-8637-3091

D21

ISBN 978-3-16-156026-2 / eISBN 978-3-16-156027-9

DOI 10.1628/978-3-16-156027-9

ISSN 0082-6731 / eISSN 2569-4529 (Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times New Roman gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2017 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung konnten Schrifttum und Rechtsprechung bis Dezember 2015 berücksichtigt werden. Die kirchlichen Rechtsquellen befinden sich im evangelischen Bereich auf dem Stand von Mai 2017, im katholischen Bereich auf dem Stand von April 2015.

Mein besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Hermann Reichold. Er hat nicht nur meine Begeisterung am (kirchlichen) Arbeitsrecht aufkeimen lassen, sondern durch den mir gewährten wissenschaftlichen Freiraum und das damit einhergehende Vertrauen, durch seine kontinuierliche Betreuung sowie bereichernden Hinweise wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Die von ihm ins Leben gerufene Forschungsstelle für kirchliches Arbeitsrecht verhalf meiner Arbeit zu wertvollen Impulsen. Danken möchte ich auch Herrn Professor Dr. Michael Droege, der das Zweitgutachten erstellt hat.

Für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen“ schulde ich der Tübinger Juristischen Fakultät, besonders Herrn Professor Dr. Finkenauer Dank.

Verbunden bin ich zudem der Reinhold-und-Maria-Teufel-Stiftung für die Verleihung des Promotionspreises 2018 sowie die großzügige finanzielle Förderung der Veröffentlichung dieser Arbeit.

Mein außerordentlicher Dank gilt meiner Familie und Franziska. Sie waren mir ständige Begleiter, die mit aufbauenden Worten, unerschöpflicher Geduld sowie unentbehrlicher Unterstützung entscheidenden Anteil an meiner Arbeit hatten. Ohne sie wären die nachfolgenden Zeilen nicht entstanden.

Stuttgart, im Oktober 2018

Benjamin Weller

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
1. Kapitel: Einleitung	1
<i>A. Einführung</i>	1
<i>B. Problemstellung und Aufbau der Arbeit</i>	7
2. Kapitel: Das Selbstbestimmungsrecht der verfassten Kirchen	11
<i>A. Überblick über den Meinungsstand</i>	12
<i>B. Gewährleistungsinhalt des Selbstbestimmungsrechts</i>	15
I. Ordnen und Verwalten	15
II. Eigene Angelegenheiten	15
III. Selbständig	28
<i>C. Das „für alle geltende Gesetz“ als Schranke des Selbstbestimmungsrechts</i>	28
I. Bereichslehre	29
II. Jedermanns-Formel	32
III. Heckelsche Formel	33
IV. Staatskirchenrechtlich modifizierte Abwägungslehre	35
V. Weitere Ansätze	43
<i>D. Träger des Selbstbestimmungsrechts</i>	46
<i>E. Normverhältnis zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG</i>	48
I. Religionsfreiheit gem. Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	49
II. Exklusivitätsverhältnis zwischen der korporativen Religionsfreiheit und dem Selbstbestimmungsrecht	52
<i>F. Zusammenfassung</i>	69

3. Kapitel: Dogmatische Begründung der kirchlichen Bindung an die Koalitionsfreiheit	73
A. Unmittelbare Bindung an die Koalitionsfreiheit gem. Art. 1 Abs. 3 GG	74
B. Mittelbare Bindung an die Koalitionsfreiheit über die Schranke des Art. 137 Abs. 3 WRV	76
I. Schrankentauglichkeit von Generalklauseln: Die Schutzpflichtenlehre und das Fehlen eines formalgesetzlichen Streikrechts	76
II. Schrankentauglichkeit des (BAG-)Richterrechts	80
III. Schrankentauglichkeit des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	84
IV. Schrankentauglichkeit des Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	88
C. Zusammenfassung	92
4. Kapitel: Reichweite der kirchlichen Bindung an die Koalitionsfreiheit	95
A. Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle eines Streikausschlusses	96
B. Parallelität zwischen öffentlichem Dienst und kirchlichem Dienst	97
I. Maßstabsfunktion des Art. 33 Abs. 5 GG im kirchlichen Dienst	98
II. Kirchliche Dienstnehmer stehen zwischen Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes	99
C. § 118 Abs. 2 BetrVG als Postulat für die Entbindung der Kirchen vom gesamten staatlichen kollektiven Arbeitsrecht	101
I. Verfassungskonformität des § 118 Abs. 2 BetrVG	103
II. Fernwirkung der mitbestimmungsrechtlichen Freistellung aus § 118 Abs. 2 BetrVG auf eine streikrechtliche Freistellung	111
D. Kirchliches Selbstverständnis als Gestaltungsform des kirchlichen Dienstes	127
I. Leitgedanke der Dienstgemeinschaft	128
II. Verbindlichkeit des kirchlichen Sendungsauftrags	147
III. Glaubwürdigkeit der Kirchen	158
E. Zusammenfassung	159

5. Kapitel: Kollisionsregeln zur Harmonisierung des Selbstbestimmungsrechts und der Koalitionsfreiheit	163
<i>A. Kirchengemäßes Untermaßverbot</i>	163
I. Waldhoff: Asymmetrisches Verhältnis zwischen Art. 9 Abs. 3 GG und Art. 137 Abs. 3 WRV	163
II. Reichold: Kirchengemäßes Untermaßverbot	164
III. Hinkende Normkollision, genauer: Normtypkollision	164
IV. Die Daseinsberechtigung des kirchengemäßen Untermaßverbots	166
<i>B. Grundprinzipien der Rechtsordnung</i>	167
I. Ordre public gem. Art. 6 EGBGB	168
II. Gute Sitten gem. § 138 BGB	172
III. Willkürverbot gem. Art. 3 Abs. 1 GG	173
<i>C. Konkordanzprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip</i>	173
I. Kollidierende Rechtspositionen	174
II. Rangverhältnis zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 9 Abs. 3 GG	178
III. Unanwendbarkeit beider Kollisionsregeln	185
<i>D. Zusammenfassung</i>	195
6. Kapitel: Würdigung des „Dritten Weges“ anhand des kirchengemäßen Untermaßverbots	199
<i>A. Überblick über das kirchliche Recht des „Dritten Weges“</i>	200
I. Historischer Kontext des kirchlichen Arbeitsrechtsregelungsverfahrens	200
II. Der „Dritte Weg“ in der Evangelischen Kirche	205
III. Der „Dritte Weg“ in der Katholischen Kirche	245
<i>B. Soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit als Rechtmäßigkeitsbedingungen des „Dritten Weges“</i>	259
I. Paritätsgrundsatz und „Dritter Weg“	260
II. Verbindlichkeit kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen	288
III. Koalitionsspezifische Betätigungsfreiheit und „Dritter Weg“	307
IV. Gerichtlicher Rechtsschutz und „Dritter Weg“	319
<i>C. Zusammenfassung</i>	332

7. Kapitel: Internationales Recht und „Dritter Weg“	337
<i>A. Unionsrecht</i>	337
I. Europafestigkeit der kirchlichen Arbeitsrechtsordnung	338
II. Integrationsfestigkeit des kirchlichen Streikausschlusses gem. Art. 23 Abs. 1 S. 3 i. V.m. Art. 79 Abs. 3 GG	345
<i>B. Europäische Menschenrechtskonvention</i>	347
I. Schutz des Selbstbestimmungsrechts in Art. 9 EMRK	347
II. Schutz des Streik- und Tarifrechts in Art. 11 EMRK	355
III. Auflösung der Spannungslage zwischen der Kirchenautonomie und Gewerkschaftsfreiheit	358
IV. Innerstaatliche Geltung der EGMR-Judikatur	374
<i>C. Europäische Sozialcharta</i>	378
<i>D. IAO-Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98</i>	380
<i>E. IPbürgR und IPWSKR</i>	382
<i>F. Zusammenfassung</i>	383
8. Kapitel: Gesamtergebnis	387
<i>A. Zusammenfassende Thesen</i>	387
<i>B. Abschließende Bemerkung</i>	390
Literaturverzeichnis	393
Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen	427
<i>A. Bundesverfassungsgericht</i>	427
<i>B. Arbeitsgerichte</i>	429
I. Bundesarbeitsgericht	429
II. Landesarbeitsgerichte	431
III. Arbeitsgerichte	431
<i>C. Zivilgerichte</i>	431
I. Reichsgericht	431
II. Bundesgerichtshof	432
<i>D. Verwaltungsgerichte</i>	432
I. Bundesverwaltungsgericht	432

II. Oberverwaltungsgerichte	432
III. Verwaltungsgerichte	432
IV. Landesverfassungsgerichte	433
<i>E. Internationale Gerichte</i>	433
I. EuGH	433
II. EKMR	433
III. EGMR	433
<i>F. Kirchengerichte</i>	434
 Verzeichnis der kirchlichen Rechtsquellen	435
<i>A. Arbeitsrechtsregelungsordnungen</i>	435
I. Evangelischer Bereich	435
II. Katholischer Bereich	441
<i>B. Mitarbeitervertretungsordnungen</i>	443
I. Evangelischer Bereich	443
II. Katholischer Bereich	444
<i>C. Sonstiges</i>	445
I. Evangelischer Bereich	445
II. Katholischer Bereich	446
 Stichwortverzeichnis	447

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
1. Kapitel: Einleitung	1
<i>A. Einführung</i>	1
<i>B. Problemstellung und Aufbau der Arbeit</i>	7
2. Kapitel: Das Selbstbestimmungsrecht der verfassten Kirchen	11
<i>A. Überblick über den Meinungsstand</i>	12
<i>B. Gewährleistungsinhalt des Selbstbestimmungsrechts</i>	15
I. Ordnen und Verwalten	15
II. Eigene Angelegenheiten	15
1. Maßstab zur Bestimmung der eigenen Angelegenheiten	15
a) Objektiver Maßstab	16
b) Subjektiver Maßstab	18
2. Kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht als eigene Angelegenheiten	19
3. Kirchliche Einrichtungen als eigene Angelegenheiten	24
a) Ideelle Verbindung	24
b) Organisatorische Verbindung	25
III. Selbständig	28
<i>C. Das „für alle geltende Gesetz“ als Schranke des Selbstbestimmungsrechts</i>	28
I. Bereichslehre	29
II. Jedermanns-Formel	32
III. Heckelsche Formel	33
IV. Staatskirchenrechtlich modifizierte Abwägungslehre	35
1. Die Bedeutung der Abwägungslehre aus Sicht des BVerfG	35

2. Die Bedeutung der Abwägungslehre nach dem Chefarzt-Beschluss des BVerfG	38
3. Staatskirchenrechtlich modifizierte Abwägungslehre	41
V. Weitere Ansätze	43
1. Der Ansatz von Muckel	43
2. Der Ansatz von Huster	44
3. Der Ansatz von Grzeszick	45
<i>D. Träger des Selbstbestimmungsrechts</i>	46
<i>E. Normverhältnis zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG</i>	48
I. Religionsfreiheit gem. Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	49
II. Exklusivitätsverhältnis zwischen der korporativen Religionsfreiheit und dem Selbstbestimmungsrecht	52
1. Genetische Auslegung	53
a) Entstehungsgeschichte der Religionsfreiheit und des Selbstbestimmungsrechts im Parlamentarischen Rat	53
b) Analyse der Entstehungsgeschichte	57
2. Normtextliche, systematische und teleologische Auslegung	59
a) Eingeschränktes Junktum zwischen korporativem Daseins- und Betätigungsrecht	60
b) Verfassungsbeschwerdefähigkeit des Art. 137 Abs. 3 WRV	62
aa) Beschwerdebefugnis der verfassten Kirchen gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG analog	62
bb) Keine Beschwerdebefugnis der kirchlichen Einrichtungen	65
c) Schrankendivergenz zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	66
d) Thematische und keine tatbestandliche Teilidentität zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG	68
<i>F. Zusammenfassung</i>	69
3. Kapitel: Dogmatische Begründung der kirchlichen Bindung an die Koalitionsfreiheit	73
<i>A. Unmittelbare Bindung an die Koalitionsfreiheit gem. Art. 1 Abs. 3 GG</i>	74
<i>B. Mittelbare Bindung an die Koalitionsfreiheit über die Schranke des Art. 137 Abs. 3 WRV</i>	76

I.	Schrankentauglichkeit von Generalklauseln: Die Schutzpflichtenlehre und das Fehlen eines formalgesetzlichen Streikrechts	76
II.	Schrankentauglichkeit des (BAG-)Richterrechts	80
	1. Formelle Schrankentauglichkeit	80
	2. Materielle Schrankentauglichkeit	82
III.	Schrankentauglichkeit des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	84
	1. Formelle Schrankentauglichkeit	86
	2. Materielle Schrankentauglichkeit	88
IV.	Schrankentauglichkeit des Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG	88
	1. Formelle Schrankentauglichkeit	88
	2. Materielle Schrankentauglichkeit	89
	<i>C. Zusammenfassung</i>	92
4.	Kapitel: Reichweite der kirchlichen Bindung an die Koalitionsfreiheit	95
	<i>A. Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle eines Streikausschlusses</i>	96
	<i>B. Parallelität zwischen öffentlichem Dienst und kirchlichem Dienst</i>	97
	I. Maßstabsfunktion des Art. 33 Abs. 5 GG im kirchlichen Dienst	98
	II. Kirchliche Dienstnehmer stehen zwischen Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes	99
	<i>C. § 118 Abs. 2 BetrVG als Postulat für die Entbindung der Kirchen vom gesamten staatlichen kollektiven Arbeitsrecht</i>	101
	I. Verfassungskonformität des § 118 Abs. 2 BetrVG	103
	1. Spannungsverhältnis zwischen Arbeitnehmer-Grundrechten und dem Selbstbestimmungsrecht	104
	2. Gleichbehandlungsgrundsatz	105
	a) Transzendenzschutz der Kirchen	105
	b) Leitgedanke der Dienstgemeinschaft und Einheit des Dienstes	107
	3. Keine Pflicht der Kirchen zum Erlass einer Mitbestimmungsordnung	109
	II. Fernwirkung der mitbestimmungsrechtlichen Freistellung aus § 118 Abs. 2 BetrVG auf eine streikrechtliche Freistellung	111
	1. Kein Alleingeltungsanspruch der Tarifautonomie	112
	2. Ordnungspluralistisches Verständnis des Art. 9 Abs. 3 GG	115
	a) Gleichrangigkeit des „Dritten Weges“ und des Tarifvertragssystems	115

b) Tatbestandliche Öffnung der Koalitionsfreiheit gegenüber den Besonderheiten des kirchlichen Dienstes	116
c) Mitbestimmungsurteil des BVerfG	117
d) Beschränkbarkeit der Tarifautonomie	118
3. Bedeutung der mitbestimmungsrechtlichen Freistellung für das Verhältnis der Kirchen zum Tarif- und Streikrecht	119
a) Bedeutung des Regelungsgegenstands der Betriebs- und Tarifautonomie für die Fernwirkung	120
b) Bedeutung des (Rang-)Verhältnisses der Betriebs- und Tarifautonomie für die Fernwirkung	121
aa) Verhältnis zwischen Betriebsautonomie und Tarifautonomie	122
bb) Fernwirkung des § 118 Abs. 2 BetrVG im Bereich des kollektiven Kirchenarbeitsrechts	124
<i>D. Kirchliches Selbstverständnis als Gestaltungsform des kirchlichen Dienstes</i>	127
I. Leitgedanke der Dienstgemeinschaft	128
1. Rechtstheologische Einordnung der Dienstgemeinschaft	128
2. Notwendigkeit eines ekklesiologischen Mandats zur Bewertung von Verletzungen der Dienstgemeinschaft	131
3. Kirchengemäß modifizierter Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit	135
4. Gebot der Lohngerechtigkeit	139
5. Keine Teilbarkeit der Dienstgemeinschaft als Bedingung eines Teilstreikrechts	142
II. Verbindlichkeit des kirchlichen Sendungsauftrags	147
1. Keine Sicherung des Heilsauftrags im Streikfall durch Rückgriff auf statusrechtliches Kirchenpersonal	147
2. Unlösbare Arbeitskämpfdisparität wegen fehlender Arbeitskampfmittel der Kirchen	151
a) Einsatz von kirchlichen Dienstnehmern und Leiharbeitnehmern kein zulässiges Arbeitskampfmittel	152
b) Zahlung von Streikbruchprämien kein zulässiges Arbeitskampfmittel	154
c) Bloßes Aussitzen eines Streiks kein zulässiges Arbeitskampfmittel	155
d) Abschließende Bewertung	157
III. Glaubwürdigkeit der Kirchen	158
<i>E. Zusammenfassung</i>	159

5. Kapitel: Kollisionsregeln zur Harmonisierung des Selbstbestimmungsrechts und der Koalitionsfreiheit	163
<i>A. Kirchengemäßes Untermaßverbot</i>	163
I. Waldhoff: Asymmetrisches Verhältnis zwischen Art. 9 Abs. 3 GG und Art. 137 Abs. 3 WRV	163
II. Reichold: Kirchengemäßes Untermaßverbot	164
III. Hinkende Normkollision, genauer: Normtypkollision	164
IV. Die Daseinsberechtigung des kirchengemäßen Untermaßverbots	166
<i>B. Grundprinzipien der Rechtsordnung</i>	167
I. Ordre public gem. Art. 6 EGBGB	168
1. Keine unmittelbare oder analoge Anwendbarkeit im kirchlichen Kontext	168
2. Vereinbarkeit des kirchlichen Streikausschlusses mit dem ordre public	169
a) Der Maßstab des ordre public im kirchlichen Dienst	169
b) Funktion des Art. 6 EGBGB als Billigkeitskontrolle	172
II. Gute Sitten gem. § 138 BGB	172
III. Willkürverbot gem. Art. 3 Abs. 1 GG	173
<i>C. Konkordanzprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip</i>	173
I. Kollidierende Rechtspositionen	174
1. Tatbestandslösung	174
2. Rechtfertigungslösung	175
II. Rangverhältnis zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 9 Abs. 3 GG	178
1. Keine materielle Prävalenz der Koalitionsfreiheit	179
a) Keine Prävalenz durch die Schrankentypik	179
b) Keine Prävalenz durch die Drittwirkungsklausel	181
c) Keine Prävalenz durch die Nähe des Streikrechts zur Menschenwürde	182
2. Keine Prävalenz des Selbstbestimmungsrechts	184
III. Unanwendbarkeit beider Kollisionsregeln	185
1. Grundsatz der praktischen Konkordanz als Maßstab der Zuordnung von Verfassungspositionen	185
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Maßstab der Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen	186
3. Kirchengemäße und arbeitskampfgemäße Stoßrichtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	187
a) Kirchengemäßer und arbeitskampfgemäßer Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	187

b) Vertikaler und horizontaler Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	189
c) Kritik am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	190
4. Bedeutung des arbeitsvertraglichen Verzichts auf das Streikrecht für die Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	191
5. Unauflösbarkeit des Kompetenzkonflikts zwischen Art. 137 Abs. 3 WRV und Art. 9 Abs. 3 GG	192
a) Entweder-Oder-Entscheidung	193
b) Unanwendbarkeit des Grundsatzes der praktischen Konkordanz	193
c) Abwägungspatt bei absoluter Garantie des Streikrechts . . .	194
<i>D. Zusammenfassung</i>	195
6. Kapitel: Würdigung des „Dritten Weges“ anhand des kirchengemäßen Untermaßverbots	199
<i>A. Überblick über das kirchliche Recht des „Dritten Weges“</i>	200
I. Historischer Kontext des kirchlichen Arbeitsrechtsregelungsverfahrens	200
1. Ab 1919: Privates Arbeitsrecht von geringer Bedeutung im kirchlichen Bereich	200
2. 1933 bis 1945: Zeit des Nationalsozialismus	201
3. 1945 bis 1949: Nachkriegszeit	202
4. Ab 1950: Die ersten Arbeitsrechtlichen Kommissionen	202
5. Ab 1950: Die Ausnahmestellung des „Zweiten Weges“	203
6. Ab den 1970er Jahren: Durchbruch des „Dritten Weges“	205
II. Der „Dritte Weg“ in der Evangelischen Kirche	205
1. Umsetzung des „Dritten Weges“ im kirchlichen und diakonischen Bereich	205
a) Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz	205
b) Überblick über die Arbeitsrechtlichen Kommissionen	206
c) Weitere Formen des kirchlichen Arbeitsrechtsregelungsverfahrens	209
2. Einzeldarstellung des Kommissionssystems	212
a) Aufgaben der Arbeitsrechtlichen Kommission	212
b) Arbeitsrechtliche Kommission	212
aa) Besetzungsverfahren	212
bb) Personale Mitgliedsvoraussetzungen	217
cc) Amtszeit	219

dd) Rechtsstellung der Mitglieder	221
ee) Geschäftsführung und Beschlussfassung	226
c) Schlichtungsausschuss	230
aa) Besetzungsverfahren	230
bb) Personale Mitgliedsvoraussetzungen	231
cc) Amtszeit	233
dd) Rechtsstellung der Mitglieder	235
ee) Geschäftsführung und Beschlussfassung	236
d) Verfahrensprozedur bei Arbeitsrechtsregelungen	238
aa) Beschlussverfahren	238
bb) Einwendungsverfahren	239
cc) Schlichtungsverfahren	241
dd) Letztentscheidungsrecht	243
ee) Verbindlichkeit der Beschlüsse	244
III. Der „Dritte Weg“ in der Katholischen Kirche	245
1. Kirchlicher Bereich	245
2. Caritativer Bereich	247
3. Einzeldarstellung des Kommissionssystems	248
a) KODA	248
aa) Amtszeit, Besetzungsverfahren, personale Mitgliedsvoraussetzungen, Geschäftsführung und Beschlussfassung	248
bb) Rechtsstellung der Mitglieder	252
b) Vermittlungsausschuss	254
c) Verfahrensprozedur bei Arbeitsrechtsregelungen	256
aa) Beschlussverfahren	256
bb) Vermittlungsverfahren	257
<i>B. Soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit als Rechtmäßigkeitsbedingungen des „Dritten Weges“</i>	<i>259</i>
I. Paritätsgrundsatz und „Dritter Weg“	260
1. Kirchengemäß modifizierter Paritätsbegriff	261
a) Tariflicher Paritätsgrundsatz im kirchlichen Dienst unanwendbar	261
b) Das kirchliche Selbstverständnis als Schranke des tariflichen Paritätsgrundsatzes	262
2. Die nachrangige Bedeutung der Rechtsstellung der Kommissionsmitglieder für die Parität	264
a) Das kirchliche Selbstverständnis als Mittel zur Herstellung paritätischer Verhältnisse	264

b)	Tatsächliche und nicht rechtliche Kriterien für die Beurteilung der Einflussmöglichkeiten der Dienstnehmervertreter entscheidend	265
c)	Vorschriften des BetrVG zum Schutz der Betriebsräte kein Maßstab für die Durchsetzungsstärke der Dienstnehmervertreter	266
3.	Die Parität des „Dritten Weges“ aus Sicht der Rechtsprechung	267
a)	Das Urteil des 5. Senats vom 4. Februar 1976	267
b)	Das Urteil des 10. Senats vom 17. April 1996	268
c)	Das Urteil des 5. Senats vom 6. November 1996	268
d)	Das Urteil des 4. Senats vom 28. Januar 1998	269
e)	Das Urteil des 6. Senats vom 17. November 2005	269
f)	Das Urteil des 4. Senats vom 10. Dezember 2008	270
g)	Das Urteil des 7. Senats vom 25. März 2009	271
h)	Das Urteil des 6. Senats vom 19. November 2009	271
i)	Das Urteil des 6. Senats vom 22. Juli 2010	272
j)	Die Urteile des BAG und der Instanzgerichte über das Streikrecht kirchlicher Dienstnehmer	273
4.	Ausbalancierte Machtverhältnisse zwischen der Dienstnehmer- und Dienstgeberseite	275
a)	Bestandsschutz der Dienstnehmervertreter	275
aa)	Kritik der Literatur an der angeblich mangelnden Unabhängigkeit der Dienstnehmervertreter	275
bb)	Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG gewährt den Dienstnehmervertretern einen mit § 78 BetrVG und § 15 KSchG vergleichbaren Schutz	276
cc)	Schutz der Dienstnehmervertreter durch Verfahren	277
b)	Fachkompetenz der Dienstnehmervertreter	279
aa)	Tatsächliche und nicht rechtliche Perspektive für die Beurteilung der Fachkompetenz entscheidend	279
bb)	Art. 9 Abs. 3 GG garantiert die Aushandlung angemessener und nicht der besten Arbeitsbedingungen	280
cc)	Kirchliches Selbstverständnis als Mittel zur Herstellung eines Kräftegleichgewichts	281
dd)	Schlichtungsverfahren als Mittel zur Herstellung eines Kräftegleichgewichts	282
ee)	Anspruch der Dienstnehmervertreter auf Freistellung	282
c)	Schlichtungsverfahren	283
aa)	Unwägbarkeiten des Schlichtungsverfahrens als Mittel zum Einigungszwang	283

bb)	Das Modell von Jousen: Der Vorsitzende wird per Los bestimmt	284
cc)	Die Entscheidung des BVerfG zur Tariffähigkeit des katholischen Hausgehilfenverbandes	285
dd)	Das Schlichtungsverfahren ist keine unzulässige Zwangsschlichtung	286
II.	Verbindlichkeit kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen	288
1.	Vom Willen der Anstellungsträger unabhängige Geltung der AVR/DVO	288
a)	Verbindlichkeitscharakter der AVR/DVO	288
b)	Ein Abweichen von den AVR/DVO erfordert die Zustimmung der Arbeitsrechtlichen Kommission	289
c)	Tarifpluralität	290
d)	Geltung des kirchlichen Arbeitsrechts in diakonischen Einrichtungen	290
2.	Kirchliches Letztentscheidungs- und Vetorecht	291
a)	Die Stellung der KODA-Beschlüsse im kanonischen Recht	292
b)	Die Gesamtverantwortung des (Erz-)Bischofs und der Synode	293
c)	Keine paritätsmindernde Wirkung des Letztentscheidungs- und Vetorechts	294
d)	Vergleichbarkeit der Kirchen mit dem Bundespräsidenten und einfachen Gesetzgeber	295
e)	Grenzen des Letztentscheidungs- und Vetorechts	296
f)	Billigkeitskontrolle der (erz-)bischöflichen und synodalen Arbeitsrechtsregelungsbeschlüsse	297
3.	Rechtscharakter und Rechtswirkung der AVR/DVO	297
a)	Einordnung der AVR/DVO als eigenständiges Kirchenrecht	299
b)	Privatrechtlicher Ansatz	299
c)	Normativer Ansatz	300
aa)	Kirchen dürfen ihre AVR/DVO mit normativer Kraft ausstatten	301
bb)	Die Befugnis zur Anordnung der normativen Wirkung folgt unmittelbar aus Art. 9 Abs. 3 GG	303
cc)	Individueller Legitimationsakt der Dienstnehmer keine Voraussetzung für normative Geltung der AVR/DVO	304
dd)	Erscheinungsformen des individuellen Legitimationsakts	306
III.	Koalitionsspezifische Betätigungsfreiheit und „Dritter Weg“	307
1.	Meinungsübersicht	307

2. Institutionelle Einbindung der Gewerkschaften in das Verfahren des „Dritten Weges“ kein Gebot des Art. 9 Abs. 3 GG	309
a) Geringere Attraktivität der Gewerkschaften bei rein kommunikativer Mitwirkung	309
b) Schutz der Kirchen vor gewerkschaftlicher Fremdbestimmung	310
c) Das Fehlen paritätischer Verhältnisse als Bedingung einer gewerkschaftlichen Einbindung in den „Dritten Weg“	311
d) Eingeschränkte Bedeutung der sozialen Mächtigkeit der Gewerkschaften im kirchlichen Dienst	312
e) Der Gedanke der Dienstgemeinschaft als Schranke der koalitionspezifischen Betätigungsfreiheit	314
f) Gewerkschaftsinteressen als Gefahr für die Einheit des Dienstes	316
g) Art. 9 Abs. 3 GG garantiert Gewerkschaften nur die Chance zur Förderung der kirchlichen Arbeitsbedingungen	317
3. Koalitionsspezifische Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften	317
IV. Gerichtlicher Rechtsschutz und „Dritter Weg“	319
1. Überblick über den kircheneigenen Rechtsschutz	319
2. Zuständigkeit kirchlicher Spruchkörper bei Aspekten mit mittelbarer Wirkung im profanen Rechtskreis	321
a) Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte und ordentlichen Gerichte	322
b) Materieller und prozessualer Ansatz zur Bestimmung der Reichweite des kirchlichen Rechtswegs	322
c) Kritik am materiellen und prozessualen Ansatz	324
d) Keine subsidiäre Zuständigkeit staatlicher Gerichte	325
e) Einordnung der Schlichtungsausschüsse als Kirchengerichte	325
3. Streitfragen im Bereich des „Dritten Weges“	326
a) Soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit als Kriterium für die Zuständigkeit staatlicher und kirchlicher Gerichte	327
b) Einzelfragen	328
c) Umfang der Inzidentkontrolle staatlicher Gerichte	331
C. Zusammenfassung	332

7. Kapitel: Internationales Recht und „Dritter Weg“	337
<i>A. Unionsrecht</i>	337
I. Europafestigkeit der kirchlichen Arbeitsrechtsordnung	338
1. Kein Kompetenztitel für Belange des Staatskirchenrechts	339
a) Kompetenzielle Bereichsausnahme nach Art. 5 Abs. 3 EUV	339
b) Kompetenzielle Bereichsausnahme nach Art. 4 Abs. 2 EUV	340
c) Gemeinschaftsgrundrecht des Selbstbestimmungsrechts als Kompetenzausübungsschranke	342
2. Kein Kompetenztitel für Belange des Kollektivarbeitsrechts	343
II. Integrationsfestigkeit des kirchlichen Streikausschlusses gem. Art. 23 Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 79 Abs. 3 GG	345
<i>B. Europäische Menschenrechtskonvention</i>	347
I. Schutz des Selbstbestimmungsrechts in Art. 9 EMRK	347
1. Kirchen als Träger der Rechte aus Art. 9 EMRK	348
2. Rechtssache Rommelfanger	350
3. Rechtssache Hasan und Chaush	351
4. Rechtssachen Obst, Schüth und Siebenhaar	352
5. Garantie eines umfassenden Selbstbestimmungsrechts	353
II. Schutz des Streik- und Tarifrechts in Art. 11 EMRK	355
III. Auflösung der Spannungslage zwischen der Kirchenautonomie und Gewerkschaftsfreiheit	358
1. Causa „Sindicatul Păstorul cel Bun/Rumänien“: Sachverhalt und Entscheidungsgründe beider Kammern	358
a) Standpunkt der Kleinen Kammer	359
b) Standpunkt der Großen Kammer	360
2. Dogmatische Einordnung beider Kammerentscheidungen	363
a) Weiter Ermessensspielraum der Signatarstaaten	363
b) Konventionsrechtliche Unbedenklichkeit eines umfassenden Selbstbestimmungsrechts	364
c) Kritik an den Entscheidungen der Kleinen und Großen Kammer	366
3. Konventionsgemäßheit des kirchlichen Streikausschlusses	367
a) Schutzbereich und Eingriff	367
b) Abwägung zwischen Art. 9 EMRK und Art. 11 EMRK	368
c) Bedeutung des geistlichen Propriums der Kirchen	369
d) Keine absolute Garantie des Streikrechts	370
e) Koalitionsspezifische Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften	372
f) Kirchlicher Streikausschluss ist gesetzlich vorgesehen (Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK)	373

IV. Innerstaatliche Geltung der EGMR-Judikatur	374
1. Stellung der EMRK in der deutschen Rechtsordnung	374
2. Reichweite der gerichtlichen Pflicht zur Beachtung der EGMR- Judikatur im Kontext des kirchlichen Streikausschlusses	376
C. Europäische Sozialcharta	378
D. IAO-Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98	380
E. IPbürgR und IPWSKR	382
F. Zusammenfassung	383
8. Kapitel: Gesamtergebnis	387
A. Zusammenfassende Thesen	387
B. Abschließende Bemerkung	390
Literaturverzeichnis	393
Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen	427
A. Bundesverfassungsgericht	427
B. Arbeitsgerichte	429
I. Bundesarbeitsgericht	429
II. Landesarbeitsgerichte	431
III. Arbeitsgerichte	431
C. Zivilgerichte	431
I. Reichsgericht	431
II. Bundesgerichtshof	432
D. Verwaltungsgerichte	432
I. Bundesverwaltungsgericht	432
II. Oberverwaltungsgerichte	432
III. Verwaltungsgerichte	432
IV. Landesverfassungsgerichte	433
E. Internationale Gerichte	433
I. EuGH	433
II. EKMR	433
III. EGMR	433
F. Kirchengерichte	434

Verzeichnis der kirchlichen Rechtsquellen	435
<i>A. Arbeitsrechtsregelungsordnungen</i>	435
I. Evangelischer Bereich	435
II. Katholischer Bereich	441
<i>B. Mitarbeitervertretungsordnungen</i>	443
I. Evangelischer Bereich	443
II. Katholischer Bereich	444
<i>C. Sonstiges</i>	445
I. Evangelischer Bereich	445
II. Katholischer Bereich	446
Stichwortverzeichnis	447

Abkürzungsverzeichnis

Die in dieser Arbeit angeführten Kirchengesetze sowie sonstigen kirchlichen Rechtsakte sind – alphabetisch sortiert nach ihren Kurzbezeichnungen – im Verzeichnis der kirchlichen Rechtsquellen abgedruckt.

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABL.EKD	Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland
ABL.ELA	Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche Anhalts
Abs.	Absatz
ACK	Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AK-GG	Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), 2 Bände, 2001
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
AR-Blattei	Arbeitsrecht-Blattei
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ARRG	Arbeitsrechtsregelungsgesetz
Art.	Artikel
ATZG	Altersteilzeitgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Arbeit und Recht
AVR	Arbeitsvertragsrichtlinien
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAT	Bundes-Angestelltentarifvertrag
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater

BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
Begr.	Begründer
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BlStSozArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
c.	canon
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIC	Codex Iuris Canonici
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Der Betrieb
DDN	Diakonischer Dienstgeberverband Niedersachsen
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DP	Deutsche Partei
DR	Reports of judgments and decisions (European Court of Human Rights)
DrittelbG	Drittelbeteiligungsgesetz
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Dienstvertragsordnung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKBB	Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl.	englisch
EntgFG	Entgeltfortzahlungsgesetz
epd-Dok.	Dokumentation (Evangelischer Pressedienst)

Es.	Eingangssatz
ESC	Europäische Sozialcharta
EssG	Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche
et al.	et alii/aliae/alia
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
ex-Art.	Vorgänger-Artikel
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
f.	folgende Seite, folgender Artikel/Paragraph
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende Seiten/Artikel/Paragraphen
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
Fortf.	Fortführung
franz.	französisch
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
(g)GmbH	(gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GRCh	Grundrechte-Charta
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HdbGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
i. a. R.	in aller Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILO	International Labour Organization
IPbürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. e.	im Sinne einer/eines

i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JöR N.F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Neue Folgen)
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KABl. EKBB	Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg
KABl. Nordkirche	Kirchliches Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland
KAGH	Kirchlicher Arbeitsgerichtshof
KGH.EKD	Kirchengerichtshof der Evangelischen Kirche in Deutschland
KHG-NW	Krankenhausgesetz Nordrhein-Westfalen
KirchE	Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946
KODA	Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KTD	Kirchlicher Tarifvertrag Diakonie
KuR	Kirche und Recht
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
Ls.	Leitsatz
m. a. W.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million(en)
Mitarb.	Mitarbeiter
MitbG	Mitbestimmungsgesetz
MünchHdbArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht, Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht: Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RdA	Recht der Arbeit
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rs.	Rechtssachennummer

Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
Rn.	Randnummer
s.	siehe
S.	Satz, Seite
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprAuG	Sprecherausschussgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
TV DN	Tarifvertrag Diakonie Niedersachsen
TVG	Tarifvertragsgesetz
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TVöD-AT	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – Allgemeiner Teil
TVöD-BT-V	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – Besonderer Teil Verwaltung
TVöD-VKA	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.	und
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UN	United Nations
unveröff.	unveröffentlicht
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von, vom
VDD	Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands
VdDD	Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VKDA	Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger in Nord- deutschland
VKDA-NEK	Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbien
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WRV	Weimarer Reichsverfassung
YB	Yearbook of the European Convention on human rights
Z	Deutsche Zentrumspartei
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAS	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
ZAT	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Tarifpolitik in Kirche und Caritas
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht

ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZMV	Die Mitarbeitervertretung (Zeitschrift für die Praxis der Mitarbeitervertretung in den Einrichtungen der katholischen und evangelischen Kirche)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht

1. Kapitel

Einleitung

A. Einführung

Das Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Ordnungsprinzipien und dem bekenntnismäßigen Impetus der verfassten Kirchen wird insbesondere am Streikrecht manifest, weil das in Art. 9 Abs. 3 GG beheimatete Streikrecht nicht mit dem kirchlichen Sendungsauftrag konform geht.¹ Die Durchführung von Arbeitskämpfen korrespondiert aus kirchlicher Sicht mit einer Aufspaltung der Dienstgemeinschaft. Sie lässt den Missionsbefehl ins Leere laufen, obwohl die Erfüllung des karitativen Auftrags verbindlich ist und nicht suspendiert werden kann. Der dem Arbeitskampf wesensimmanente Konfrontationsgedanke verträgt sich nicht mit dem christlichen Versöhnungsgedanken. Die Kirchen sehen ihre Glaubwürdigkeit beschädigt, wenn sie durch die kirchengesetzliche Schaffung oder Anwendung eines mit ihrem Selbstverständnis unvereinbaren Lohnfindungsmodells selbst gegen ihre eigene Glaubens- und Sittenlehre handeln müssten. Infolgedessen haben die beiden großen christlichen Kirchen mit dem „Dritten Weg“ für die 1,3 Mio.² im kirchlichen Dienst stehenden privatrechtlich beschäftigten Dienstnehmer ein tarif- und streiksurrugierendes System einer kollektiven Arbeitsrechtsetzung konstituiert.

Nichtsdestoweniger entnehmen die Gewerkschaften ihrem beschäftigungsregulativen Mandat seit jeher auch im kirchlichen Kontext einen mit streikrechtlichen Aktionsmitteln durchsetzbaren Ordnungsanspruch.³ Gleichwohl waren Streiks in kirchlichen Einrichtungen in praxi bis zur Jahrtausendwende nur von untergeordneter Relevanz.⁴ Die zwischen den Kirchen und Gewerkschaften bestehende „stillschweigende Übereinkunft“⁵ über die Nichtdurchführung von Streiks verlor aus gewerkschaftlicher Perspektive erst in den Nullerjahren infol-

¹ *Robbers*, Streikrecht in der Kirche, S. 35, 41 ff., 47.

² *Oswald*, Streikrecht im kirchlichen Dienst und in anderen karitativen Einrichtungen, S. 11.

³ *Rothländer*, AuR 1979, Sonderheft Kirche und Arbeitsrecht, 1 (2); *Wahsner*, in: Wider die „herrschende Meinung“, 78 (80 ff.).

⁴ *Briza*, „Tarifvertrag“ und „Dritter Weg“, S. 130; *Waldhoff*, in: GS Heinze, 995 (996).

⁵ *Kühling*, AuR 2001, 241 (241).

ge sich changierender sozialer, ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen ihre Legitimationsgrundlage.⁶ Die Legitimationskrise des „Dritten Weges“, die vom Vorwurf der Entfremdung des kirchlichen Dienstes von christlicher Wertesemantik getragen ist, ist der zunehmenden Ausrichtung des kirchlichen Dienstes an ökonomischen Bedürfnissen geschuldet:⁷ Exemplarisch seien die weitgehende Abkehr von der Anlehnung kirchlicher AVR/DVO an Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst sowie der Ausbruch einzelner diakonischer Einrichtungen aus dem Bindungsbereich des kirchlichen Arbeitsrechts durch Ausgliederungen und das Instrument der Leiharbeit hervorgehoben. Verstärkt wird der Kostendruck kirchlicher Einrichtungen durch die Privatisierung des Sozialsektors, das Aufkommen privater Konkurrenz und den Wegfall öffentlicher Mittel.

Rechtswissenschaftlicher Wegbereiter für die Beendigung der „stillschweigenden Übereinkunft“⁸ war ein von *Kühling*⁹ für die Gewerkschaft ÖTV¹⁰ angefertigtes Gutachten, in welchem er wider das dominierende Schrifttum¹¹ den Arbeitskampf in der Diakonie als zulässiges Mittel der Koalitionsbetätigung

⁶ Vgl. auch *Schubert*, RdA 2011, 270 (275).

⁷ Vgl. hierzu *Joussen*, EssG 46 (2012), 53 (74 ff.); *Reichold*, KuR 2011, 199 (203 ff.); *Wegner*, ZMV-Sonderheft 2010, 40 (40 ff.).

⁸ *Kühling*, AuR 2001, 241 (241).

⁹ *Kühling*, AuR 2001, 241 (241 ff.). Kritisch hierzu *Belling*, ZevKR 48 (2003), 407 (433 ff.); *Richardi*, Arbeitsrecht in der Kirche, § 10 Rn. 7 f.; *ders./Thüsing*, AuR 2002, 94 (94 ff.); *Thüsing*, Kirchliches Arbeitsrecht, S. 139 ff.

¹⁰ Die ÖTV ist 2001 in ver.di aufgegangen.

¹¹ Gegen ein Streikrecht: *Briza*, „Tarifvertrag“ und „Dritter Weg“, S. 128 ff.; *Brox/Rüthers/Schlüter/Jülischer*, Arbeitskampfrecht, Rn. 546; v. *Campenhausen*, in: HdbStR VII, § 157 Rn. 88; *ders./de Wall*, Staatskirchenrecht, S. 184 f.; *Dietz*, BB 1980, 1107 (1110 f.); *ders.*, RdA 1979, 79 (83 ff.); *Frank*, RdA 1979, 86 (93); *ders.*, in: HdbStKirchR I, 669 (693); *ders.*, EssG 10 (1976), 9 (30 f.); *Grethlein*, ZevKR 33 (1988), 257 (257 ff.); *ders.*, NZA 1986 (Beilage 1), 18 (18 ff.); *ders.*, ZevKR 24 (1979), 271 (284); *ders./Spengler*, BB 1980 (Beilage 10), 1 (1 ff.); *Hollerbach*, in: HdbStR VI, § 139 Rn. 48; *Janssen*, Das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst und der „Dritte Weg“ der Kirchen, S. 16 ff.; *Jurina*, Das Dienst- und Arbeitsrecht im Bereich der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 84; *Kissel*, Arbeitskampfrecht, § 28 Rn. 36 ff.; *Löwisch/Rieble*, in: Schlichtungs- und Arbeitskampfrecht, Rn. 25; *Mayer-Maly*, EssG 10 (1976), 127 (140); *Müchl*, in: HdbStR VII, § 160 Rn. 45; *Müller*, RdA 1979, 71 (77 ff.); *Pahlke*, NJW 1986, 350 (353); *ders.*, Kirche und Koalitionsrecht, S. 163 ff.; *Rehm*, NZA 2011, 1211 (1211 ff.); *Richardi*, in: FS 25 Jahre BAG, 429 (447 ff.); *ders.*, in: HdbStKirchR II, 927 (933); *ders.*, in: FS Beitzke, 873 (888 f.); *ders.*, Arbeitsrecht in der Kirche, § 10 Rn. 1 ff.; *Scheuner*, in: Autonomie der Kirche, 1 (26); *Schlaich*, JZ 1980, 209 (217); *Schmidt*, in: Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, Art. 4 GG Rn. 50 ff.; *Thüsing*, in: Wiedemann, Tarifvertragsgesetz, § 1 Rn. 144; *ders.*, Anmerkung zu BAG v. 6.11.1996 – 5 AZR 334/95, in: EzA § 611 BGB Ausbildungsbeihilfe Nr. 16, Abschnitt I; *ders.*, ZevKR 41 (1996), 52 (52 ff.); v. *Tiling*, RdA 1979, 103 (108 f.). Für ein Streikrecht: *Birk*, AuR

wertete. Das Gutachten verhalf der Konstellation „Kirche und Streikrecht“ in der literarischen Auseinandersetzung zu einer Renaissance. In die Folgezeit fügte sich eine Reihe an Publikationen von Abhandlungen¹², darunter auch mehrere Monografien¹³, die sich der Verfassungsgemäßheit des Streikrechts im kirchlichen Bereich annahmen.

Die geänderten klimatischen Bedingungen führten schließlich dazu, dass ab dem Jahre 2008 – zum ersten Mal seit 1919¹⁴ – mehrere Streiks kirchlicher Dienstnehmer stattfanden. Obwohl ver.di seit 2009 summa summarum zu 23 Streiks in diakonischen Einrichtungen aufgerufen hat,¹⁵ blieb der Abschluss von Tarifverträgen mit diakonischen Einrichtungen die Ausnahme.¹⁶ Anläss-

1979, Sonderheft Kirche und Arbeitsrecht, 9 (18 f.); *Bischoff/Hammer*, AuR 1995, 161 (167 f.); *Gamillscheg*, Kollektives Arbeitsrecht I, S. 1117 f.; *ders.*, in: FS Zeuner, 39 (49 f.); *Hensche*, in: Däubler, Arbeitskampfrecht, § 18 Rn. 68 ff.; *Naendrup*, BIStSozArbR 1979, 353 (367 f.); *Schmidt-Eichstaedt*, Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts?, S. 107; *Wahsner*, in: Wider die „herrschende Meinung“, 78 (78 ff.); *Zeuner*, ZfA 1985, 127 (136 f.); *Zwanziger*, in: Däubler, Kommentar zum TVG, § 4 Rn. 1032 ff. Für ein differenziertes Teilstreikrecht: *Bieback*, in: Däubler, Arbeitskampfrecht, 2. Auflage, Rn. 511a; *Ehlers*, in: Sachs, Grundgesetz, Art. 137 WRV Rn. 10; *Keßler*, Die Kirchen und das Arbeitsrecht, S. 275 ff., 298 ff.; *Otto*, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht, § 9 Rn. 31.

¹² Gegen ein Streikrecht: *Gehring/Thiele*, Das Arbeitsrecht im BGB, Anhang Kirchenarbeitsrecht Rn. 253; *Joussen*, ZMV 2012, 2 (2 ff.); *ders.*, EssG 46 (2012), 53 (53 ff.); *Manterfeld*, KuR 2011, 86 (86 ff.); *Reichold*, NZA 2013, 585 (585 ff.); *ders.*, ZevKR 57 (2012), 57 (57 ff.); *ders.*, ZTR 2012, 315 (315 ff.); *ders.*, KuR 2011, 199 (199 ff.); *ders.*, ZMV-Sonderheft 2011, 14 (14 ff.); *ders.*, in: Weth/Thomae/Reichold, Arbeitsrecht im Krankenhaus, Teil 4 Rn. 96; *Richardi*, NZA 2002, 929 (932 ff.); *ders./Thüsing*, AuR 2002, 94 (94 ff.); *Thüsing*, Kirchliches Arbeitsrecht, S. 139 ff. Für ein Streikrecht: *Schubert/Wolter*, AuR 2013, 285 (285 ff.); *dies.*, AuR 2011, 420 (420 ff.). Für ein differenziertes Teilstreikrecht: *Belling*, ZevKR 48 (2003), 407 (407 ff.); *ders.*, in: FS 50 Jahre BAG, 477 (477 ff.).

¹³ Gegen ein Streikrecht: *Hilje*, Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen?; *Robbers*, Streikrecht in der Kirche. Für ein Streikrecht: *Czycholl*, Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen in kirchlichen Einrichtungen; *Oswald*, Streikrecht im kirchlichen Dienst und in anderen karitativen Einrichtungen; *Strake*, Streikrecht in karitativen Einrichtungen der Katholischen und Evangelischen Kirche; *Wiegemann*, Zulässigkeit und Grenzen von Arbeitskämpfen in kirchlichen Einrichtungen.

¹⁴ S. zur geschichtlichen Entwicklung des kirchlichen Arbeitsrechtsregelungsverfahrens S. 200 ff.

¹⁵ Eine Übersicht über die von ver.di geführten Streiks findet sich unter <http://www.streikrecht-ist-grundrecht.de/karte> (Stand: 29.11.2015).

¹⁶ Zwischen ver.di, dem Marburger Bund sowie dem Evangelischen Krankenhaus Oldenburg wurde ein am 1.2.2012 in Kraft getretener Vorschalttarifvertrag vereinbart. Dieser wurde durch den am 13.3.2012 geschlossenen Manteltarifvertrag ersetzt, der rückwirkend zum 1.3.2012 in Kraft getreten ist. Darüber hinaus trat das Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg nach streikbegleiteten Tarifverhandlungen mit ver.di dem Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger (VKDA) bei, sodass der Kirchliche Tarifvertrag Diakonie (KTD) nunmehr auch für das Klinikum unmittelbar und zwingend galt.

lich dieser Arbeitskämpfe war die Rechtmäßigkeit von Streiks im kirchlichen Dienst zwischen 2009 und 2012 Gegenstand einiger arbeitsgerichtlicher Entscheidungen.¹⁷

Im August 2008 forderte ver.di den Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD) zu Tarifverhandlungen auf. Nachdem der VdDD ablehnte, führte ver.di am 21. Oktober 2008 in mehreren diakonischen Einrichtungen einen zweistündigen Warnstreik durch. Im Mai und August 2009 kam es zu weiteren Streiks. Am 28. Juli 2009 verlangte ver.di erneut die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Die betroffenen verfassten Kirchen, Diakonischen Werke und kirchlichen Einrichtungen erwehrt sich des gewerkschaftlichen Streikaufrufs mit einer Unterlassungsklage beim ArbG Bielefeld. Das ArbG Bielefeld¹⁸ bejahte einen Unterlassungsanspruch und lehnte ein Streikrecht im kirchlichen Dienst ab. Hingegen hielt das LAG Hamm¹⁹ in seinem kassatorischen Berufungsurteil einen vollständigen Streikausschluss im kirchlichen Bereich für nicht gerechtfertigt und erkannte ein nach der Nähe der Tätigkeit zum kirchlichen Auftrag differenzierendes Streikrecht an.

Im Mai 2007 rief der Marburger Bund den Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbien (VKDA-NEK)²⁰ zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag für ärztliche Mitarbeiter auf. Der VKDA-NEK knüpfte seine Verhandlungswilligkeit an einen Beitritt des Marburger Bundes zum Grundlagentarifvertrag²¹ vom 5. November 1979, der insbesondere eine absolute Friedenspflicht sowie ein verbindliches Schlichtungsverfahren vorsieht. Der Marburger Bund lehnte diese Vorbedingung ab und teilte mit Schreiben vom 19. August 2009 mit, dass sich die Ärzte des Bethesda-Krankenhauses²² in einer Urabstimmung dafür entschieden haben, ab dem 31. August 2009 in den Ausstand zu treten. Der VKDA-NEK und das Bethesda-Krankenhaus versuchten erfolglos, die angekündigten Arbeitskämpfe mit einer einstweiligen Verfügung

¹⁷ Ob das BAG bereits in früheren Entscheidungen über die Verfassungsgemäßheit des „Dritten Weges“ befunden hat, ist umstritten (s. hierzu S. 82 ff.). In einem obiter dictum lässt das BVerwG die Übereinstimmung des „Dritten Weges“ mit dem Grundgesetz anklingen (BVerwG v. 27.2.2014 – 2 C 1/13, Juris Rn. 58, 64 = BVerwGE 149, 117 [134, 136]).

¹⁸ ArbG Bielefeld v. 3.3.2010 – 3 Ca 2958/09.

¹⁹ LAG Hamm v. 13.1.2011 – 8 Sa 788/10 = NZA-RR 2011, 185 (185 ff.).

²⁰ Durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 6.12.2012 (KABl. Nordkirche 2013 S. 204) wurde der Name des Verbandes geändert in „Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger in Norddeutschland“ (VKDA).

²¹ Der Grundlagentarifvertrag wurde zwischen dem Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbien (VKDA-NEK) sowie den Gewerkschaften ÖTV, DAG, GGLF und dem Verband kirchlicher Mitarbeiter Nordelbien abgeschlossen.

²² Bethesda Allgemeines Krankenhaus gGmbH.

zu verhindern. Das ArbG Hamburg²³ stellte sich auf den Standpunkt, dass Arbeitskämpfmaßnahmen im kirchlichen Dienst nicht grundsätzlich unrechtmäßig seien. Gegen die vollzogenen Arbeitskämpfe wandte sich der VKDA-NEK mit einer Unterlassungsklage an das ArbG Hamburg.²⁴ Das ArbG Hamburg wies die Klage als unbegründet ab und sprach sich – genau wie im späteren Berufungsverfahren das LAG Hamburg²⁵ – gegen ein generelles Streikverbot im kirchlichen Bereich aus.

Das ArbG Hamburg²⁶ war ein weiteres Mal zur Bewertung des Streikrechts in der kirchlichen Domäne berufen: Nachdem ver.di 2009 und 2010 das Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg vergeblich zum Eintritt in Tarifverhandlungen aufgefordert hatte, fanden von März bis Juni 2010 sechs Warnstreiks statt. Das Klinikum machte beim ArbG Hamburg ohne Erfolg einen Unterlassungsanspruch geltend. Dem ArbG Hamburg zufolge lässt sich aus dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht kein grundsätzlicher Streikausschluss ableiten.

Gegen die Urteile des LAG Hamm und des LAG Hamburg wurde Revision eingelegt. Diese wies das BAG am 20. November 2012 zwar zurück, stellte aber gleichzeitig fest, dass der Ausschluss der Arbeitskämpffreiheit im kirchlichen Dienst sowohl im „Zweiten Weg“²⁷ als auch im „Dritten Weg“²⁸ unter bestimmten Voraussetzungen verfassungsgemäß ist. In dieser Begründung erblickten die Gewerkschaften eine Verletzung ihrer Koalitionsfreiheit und erhoben Verfassungsbeschwerden. Diese hat das BVerfG als unzulässig verworfen.²⁹ Den beschwerdeführenden Gewerkschaften fehlte es nach Auffassung des BVerfG an einer Beschwerde, weil diese vor dem BAG sowie in der Vorinstanz siegreich waren. Für das Vorliegen einer Beschwerde sei nur auf den – für die Gewerkschaften günstigen – Tenor und nicht auf die – für die Gewerkschaften teilweise ungünstigen – Entscheidungsgründe abzustellen.

Beide großen christlichen Kirchen festigten in Reaktion auf die BAG-Entscheidungen ihr Bekenntnis zum kirchlichen Kommissionsmodell des „Dritten Weges“ und zum Ausschluss von Streik und Aussperrung, passten allerdings ihre Regelungsverfahren an die vom BAG aufgestellten Anforderungen an. Die Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) änderte

²³ ArbG Hamburg v. 27.8.2009 – 5 Ga 3/09. Das Urteil des ArbG Hamburg wurde nicht mit Rechtsmitteln angegriffen.

²⁴ ArbG Hamburg v. 1.9.2010 – 28 Ca 105/10.

²⁵ LAG Hamburg v. 23.3.2011 – 2 Sa 83/10.

²⁶ ArbG Hamburg v. 18.3.2011 – 14 Ca 223/10.

²⁷ BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 611/11 = BAGE 144, 1 (1 ff.).

²⁸ BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 179/11 = BAGE 143, 354 (354 ff.).

²⁹ BVerfG v. 15.7.2015 – 2 BvR 2292/13 = NZA 2015, 1117 (1117 ff.); BVerfG v. 28.9.2015 – 2 BvR 2274/13.

mit Beschluss vom 24. November 2014 die Rahmen-KODA-Ordnung. Die EKD erließ auf der 6. Tagung der 11. Synode am 13. November 2013 ein vollständig neu gefasstes Arbeitsrechtsregelungsgrundsätze-gesetz. Dieses weist nunmehr den kirchengemäß modifizierten „Zweiten Weg“ als gegenüber dem „Dritten Weg“ gleichgeordnete Form eines kircheneigenen Regelungsverfahrens aus. Die Option einer tariflichen Arbeitsrechtsetzung auf kirchengesetzlicher Grundlage fand bislang nur im diakonischen Bereich Niedersachsen Anklang, wo der Diakonische Dienstgeberverband Niedersachsen (DDN) mit dem Marburger Bund und ver.di am 12. März 2014 eine sozialpartnerschaftliche Rahmenvereinbarung über die Einführung eines kirchengemäßen Tarifvertrags geschlossen hat.³⁰

In jüngerer Zeit schenkte auch die Politik dem Verhältnis der Kirchen zum Streikrecht Aufmerksamkeit. Am 24. Februar 2011 machte die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ nicht zuletzt als Reaktion auf die Entscheidung des LAG Hamm³¹ vom 13. Januar 2011 den Sonderweg der Kirchen im Arbeitsrecht zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Bundestag.³² Die das Streikrecht im kirchlichen Dienst betreffenden Fragen ließ die Bundesregierung mit Verweis auf die beim BAG³³ damals noch anhängigen Verfahren über die Rechtmäßigkeit des kirchlichen Streikausschlusses offen.³⁴ Am 12. April 2011 brachte die Fraktion „Die Linke“ einen Antrag im Deutschen Bundestag ein, auf dessen Grundlage der Bundestag die Bundesregierung auffordern sollte, „dafür Sorge zu tragen, dass das Streikrecht aus Artikel 9 Absatz 3 GG auch für Beschäftigte von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und sonstigen Religionsgesellschaften gewährleistet wird.“³⁵ Der Antrag wurde vom Bundestag in Anlehnung an eine den Antrag missbilligende Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales abgelehnt.³⁶

³⁰ Kurze Zeit später erklärte jedoch der Marburger Bund seinen Ausstieg aus den Tarifverhandlungen, da er einen vollständigen Streikausschluss im kirchlichen Dienst nicht mittragen wollte. Schließlich wurde am 19.9.2014 zwischen dem DDN und ver.di der „Tarifvertrag Diakonie Niedersachsen (TV DN)“ vereinbart.

³¹ LAG Hamm v. 13.1.2011 – 8 Sa 788/10 = NZA-RR 2011, 185 (185 ff.).

³² BT-Drucks. 17/4928.

³³ BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 179/11 = BAGE 143, 354 (354 ff.); BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 611/11 = BAGE 144, 1 (1 ff.).

³⁴ BT-Drucks. 17/5305.

³⁵ BT-Drucks. 17/5523.

³⁶ BT-Drucks. 17/10872.

B. Problemstellung und Aufbau der Arbeit

Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist die Verfassungskonformität des „Dritten Weges“ beider christlicher Großkirchen. Die zentrale Rechtmäßigkeitsvoraussetzung des kirchlichen Kommissionssystems ist die Zulässigkeit der Ersetzung des Streikrechts durch kirchengemäße Koalitionsmittel und -verfahren. Diese Rechtmäßigkeitsvoraussetzung erstarkt wegen ihrer Fernwirkung für das gesamte kollektive, aber auch individuelle Kirchenarbeitsrecht zur „Schicksalsfrage“³⁷ der kirchlichen Regelungsautonomie im Gefüge des staatlich-kirchlichen Kooperationsverhältnisses. Da der „Dritte Weg“ im Schnittfeld sozialempirischer, ethischer, theologischer und rechtlicher Betrachtungen liegt,³⁸ werden in dieser Arbeit außerrechtliche Aspekte des „Dritten Weges“ nur herausgearbeitet, soweit diese für die verfassungs- und arbeitsrechtliche Analyse des „Dritten Weges“ relevant sind.

Das Verhältnis von „Kirche und Streikrecht“ ist aus verfassungsrechtlicher Perspektive auf das Spannungsverhältnis zwischen der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG und dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht aus Art. 137 Abs. 3 WRV³⁹ zurückzuführen. Daher sind, bevor auf die Methodik und Vorname der Zuordnung beider Gewährleistungen eingegangen werden kann, deren Grundlagen herauszuarbeiten. Insoweit widmet sich das 2. Kapitel dem staatskirchenrechtlichen Unterbau der Sonderstellung der verfassten Kirchen, die ihnen die Schaffung eines bekenntnismäßig geprägten Dienst- und Arbeitsrechts gestattet. Durchleuchtet werden an dieser Stelle der Gewährleistungsinhalt des Art. 137 Abs. 3 WRV sowie die Bedeutung des „für alle geltenden Gesetzes“. Besonderes Augenmerk verdient die Frage, wo im Verhältnis zwischen Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 GG und Art. 137 Abs. 3 WRV das kirchliche Selbstbestimmungsrecht anzusiedeln ist. Von der Antwort hängt ab, mit welcher der beiden Garantien sich Art. 9 Abs. 3 GG in Ansehung eines Streikrechts im kirchlichen Dienst auseinandersetzen muss.

Anders als beim Selbstbestimmungsrecht werden die Beschaffenheitsmerkmale der Koalitionsfreiheit nicht in einem eigenständigen Kapitel angespro-

³⁷ Pahlke, Kirche und Koalitionsrecht, S. 161. Darauf Bezug nehmend Briza, „Tarifvertrag“ und „Dritter Weg“, S. 130; Waldhoff, in: GS Heinze, 995 (1996).

³⁸ Auch in außerrechtlichen Wissenschaftszweigen ist der „Dritte Weg“ Forschungsgegenstand. Vgl. nur die in jüngerer Vergangenheit erschienenen Monografien von Kreß, Die Sonderstellung der Kirchen im Arbeitsrecht – sozialethisch vertretbar?, sowie Lührs, Die Zukunft der Arbeitsrechtlichen Kommissionen.

³⁹ Art. 140 GG inkorporiert die Weimarer Kirchenartikel in das Grundgesetz und bildet mit diesen eine unlösbare Sinneinheit. In dieser Arbeit wird, soweit möglich, aus Gründen der Leserlichkeit auf die Zitierung des Art. 140 GG verzichtet.

chen, sondern erst dort, wo sie mit dem Selbstbestimmungsrecht konkret interagieren. Werden beide Gewährleistungen in Bezug zueinander gesetzt, ist es zuvörderst notwendig, das „ob“ und „wie“ der Einbindung des kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts in den koalitionsrechtlichen Ordnungszusammenhang zu typisieren. Dieser Fragekomplex bildet den Beitrag des 3. Kapitels. Ungeklärt ist nach wie vor, ob das Streikrecht bereits deswegen im kirchlichen Kontext keine Beachtlichkeit entfaltet, weil eine einfach-rechtliche Grundlage für das Streikrecht nicht existiert. Daher ist aufzuzeigen, ob sich durch die Einordnung des das Streikrecht konkretisierenden Richterrechts, des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG, des Art. 9 Abs. 3 S. 2 GG sowie im Rahmen der Schutzpflichtenlehre der bürgerlichen Generalklauseln als ein „für alle geltendes Gesetz“ eine *formelle* Bindung der Kirchen an das Streikrecht erklären lässt.

Ob die Kirchen auch in *materieller* Hinsicht dem Streikrecht zu unterwerfen sind, ist Gegenstand des 4. Kapitels. Hier ist zu thematisieren, inwieweit das profane Streikrecht mit dem Recht der Kirchen, ein Arbeits- und Dienstrecht entsprechend ihrem geistlichen Proprium zu schaffen, rivalisiert und welche Lösung(en) die Verfassung anbietet. Beleuchtungswürdig ist insbesondere die Vereinbarkeit des Streikrechts mit dem Leitgedanken der Dienstgemeinschaft, der Verbindlichkeit des kirchlichen Sendungsauftrags sowie der Glaubwürdigkeit der Kirchen als Bedingung ihrer Handlungsfähigkeit. Auch ist darauf einzugehen, ob die Exemption der verfassten Kirchen und ihrer Einrichtungen aus der betrieblichen Mitbestimmung (§ 118 Abs. 2 BetrVG) sowie die Parallelen zwischen dem öffentlichen Dienst und dem kirchlichen Dienst Maßstabsfunktion für die Bejahung oder Verneinung eines Streikrechts kirchlicher Dienstnehmer haben. Allerdings kann, anders als im profanen Bereich, nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass das Streikrecht im kirchlichen Bereich a priori einen Geltungsanspruch hat, der möglicherweise erst auf Rechtfertigungsebene zurücktritt. Möglich ist auch, dass sich die Koalitionsfreiheit bereits tatbestandlich an den Spezifika des kirchlichen Dienstes ausrichten lässt. Im Falle einer solchen tatbestandlichen Zuordnung von Art. 9 Abs. 3 GG und Art. 137 Abs. 3 WRV käme es auf die Rechtfertigungsebene nicht mehr an.

Das 5. Kapitel beschäftigt sich mit der Bewertung der Kollisionsregeln, mit welchen die Grenzziehung zwischen der Koalitionsfreiheit und dem Selbstbestimmungsrecht austariert wird. Die Kompatibilisierung beider Garantien ist in Literatur und Rechtsprechung weitestgehend von einem die Rechtfertigungsebene ansprechenden Rückgriff auf den Grundsatz der praktischen Konkordanz respektive auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beherrscht. Nur wenige Stimmen⁴⁰ opponieren gegen die Verengung des Blickwinkels auf die Abwä-

⁴⁰ Reichold, KuR 2011, 199 (206 ff.), der das Konkordanzprinzip als „Zauberformel“ be-

gungsmethode, welche etwa als „déformation professionnelle“⁴¹ oder „Abwägungsenthusiasmus“⁴² kritisiert wird. Wegen der sibyllinischen Eigenart des Abwägungsprinzips ist dieses indes der Gefahr eines Dezisionismus ausgesetzt, welche in der Vielfältigkeit der Anwendungsergebnisse des Abwägungsprinzips im Bereich des Streikrechts im kirchlichen Dienstes offenbar wird. Daher muss den mit der Heranziehung des Abwägungspostulats einhergehenden methodischen und dogmatischen Bedenken nachgegangen werden. Aber auch andere Kollisionsregeln werden in den Blick genommen, so etwa der *ordre public* (Art. 6 EGBGB), auf dessen Vereinbarkeit mit dem kirchlichen Streikausschluss einzugehen sein wird. Zudem ist klärungsbedürftig, welche methodische Bedeutung der aus dem vorigen Kapitel erörterten Tatbestandslösung zukommt.

Im 6. Kapitel muss sich der „Dritte Weg“ in seiner *konkreten* kirchenlegislativen Ausgestaltung an den im Rahmen dieser Arbeit entwickelten *abstrakten* verfassungsrechtlichen Anforderungen an einen Streikausschluss im kirchlichen Dienst messen lassen. Für die Verfassungskonformität des „Dritten Weges“ sind insbesondere die verfahrensmäßige Durchsetzungsfähigkeit der Dienstnehmerseite, die Verbindlichkeit der auf dem „Dritten Weg“ zustande gekommenen Arbeitsrechtsregelungen sowie die Frage nach einer institutionellen Einbindung der Gewerkschaften in das Kommissionssystem von Bedeutung. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung der konkreten Ausformungen des „Dritten Weges“ beider christlicher Großkirchen verlangt zuvor eine Auseinandersetzung mit dessen kirchengesetzlichen Grundstrukturen und Entstehungsbedingungen. Daher ist der Analyse der konkreten Ausgestaltungen des „Dritten Weges“ eine Deskription und vergleichende Gegenüberstellung sämtlicher Arbeitsrechtsregelungsverfahren in den verfassten Kirchen und ihren karitativen Einrichtungen sowohl für den evangelischen als auch für den katholischen Bereich sowie ein Abriss des historischen Kontextes der kirchlichen Lohnfindungstypik vorzuschicken.

Das bis dahin fruchtbar gemachte Ergebnis muss auch dem internationalen Recht standhalten (7. Kapitel).⁴³ Als Gestaltungsfaktoren des deutschen Verfassungsrechts können in concreto die Unionsverträge, die EMRK, die ESC, die

zeichnet; *Richardi*, Arbeitsrecht in der Kirche, § 9 Rn. 14 ff.; *ders./Thüsing*, AuR 2002, 94 (97 f.); *Robbers*, Streikrecht in der Kirche, S. 79 ff.; *Thüsing*, Kirchliches Arbeitsrecht, S. 19 f.

⁴¹ *Reichold*, ZevKR 57 (2012), 57 (64).

⁴² *Waldhoff*, in: GS Heinze, 995 (1002 Fn. 54).

⁴³ Dass in der bisherigen Diskussion die Bedeutung der internationalen Maßgaben für den „Dritten Weg“ unzureichend gewürdigt wurde, dokumentiert sich insbesondere darin, dass alle Vorinstanzen des BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 179/11 = BAGE 143, 354 (354 ff.) sowie des BAG v. 20.11.2012 – 1 AZR 611/11 = BAGE 144, 1 (1 ff.) die betreffenden völkerrechtlichen Übereinkommen gänzlich unberücksichtigt ließen.

ILO-Übereinkommen Nr. 87 und 98 sowie der IPbürgR und IPWSKR einschlägig sein. Den Schwerpunkt der Prüfung wird die EMRK bilden. Nach der Rechtsprechung⁴⁴ des EGMR hat das Streikrecht nunmehr eine feste Verankerung in Art. 11 EMRK gefunden. Aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen hat im Zuge zweier bemerkenswerter Entscheidungen der Kleinen Kammer⁴⁵ sowie der Großen Kammer⁴⁶ eine konventionsrechtliche Neubewertung erfahren. Dies gibt Anlass, der Frage nachzugehen, wie das Streikrecht und das Selbstbestimmungsrecht auf Konventionsebene einander zuzuordnen sind und ob – und bejahendenfalls wie – das konventionsrechtliche Zuordnungsergebnis auf das Grundgesetz durchschlägt.

Im 8. Kapitel finden sich sodann eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen aus dieser Arbeit sowie eine abschließende Bemerkung.

⁴⁴ EGMR v. 21.4.2009 – Beschwerde Nr. 68959/01 („Enerji Yapi-Yol Sen/Türkei“).

⁴⁵ EGMR v. 31.1.2012 – Beschwerde Nr. 2330/09 („Sindicatul Păstorul cel Bun/Rumänien“).

⁴⁶ EGMR v. 9.7.2013 – Beschwerde Nr. 2330/09 („Sindicatul Păstorul cel Bun/Rumänien“).

Stichwortverzeichnis

- Abstufung von Loyalitätsobliegenheiten
 - siehe* Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten
- Abwägung
 - Abwägungspatt 194 f., 196
 - Grundsatz der praktischen Konkordanz *siehe* dort
 - kirchengemäßes Untermaßverbot *siehe* dort
 - konventionsrechtliche Abwägung 368 f.
 - staatskirchenrechtlich modifizierte Abwägungslehre *siehe* Für alle geltendes Gesetz
 - Übermaßverbot *siehe* dort
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz *siehe* dort
- Allgemeine Handlungsfreiheit 51, 64, 70 f., 179 f., 305, 322, 375
- Allgemeinwohl 45, 177 f., 256
- Arbeitskampfmittel
 - Aussitzen von Streiks 155 ff., 161, 368
 - Boykott *siehe* dort
 - Einsatz von Leiharbeitnehmern 152 ff., 161
 - Einsatz von nichtstreikenden Dienstnehmern 152 ff., 161, 368
 - Einsatz von öffentlich-rechtlichem Statuspersonal 147 ff., 161, 368
 - Flashmob *siehe* dort
 - Streikbruchprämie 154, 161
- Arbeitskampfrecht *siehe* Streikrecht
- Arbeitsrechtliche Kommission
 - Amtszeit 219 ff., 248 f.
 - Aufgaben 212
 - Beratungsanspruch 226, 253, 281
 - Beschlussfassung 226 ff., 251 f.
 - Beschlussverfahren 238 f.
 - Besetzungsverfahren 212 ff., 250 f.
 - Einspruchsverfahren 239
 - Einwendungsverfahren 239 ff.
 - Freistellungsanspruch 224 f., 253 f., 282 f.
 - Geschäftsführung 226 ff., 251 f.
 - Gewerkschaftsprinzip 213, 217, 250
 - Kündigungsschutz 222 ff., 236, 252 f., 269, 271, 275 ff.
 - Mitarbeitervertretungsprinzip 176, 213 f., 218, 250, 306 f., 333
 - paritätische Besetzung 212 f., 248
 - personale Mitgliedsvoraussetzungen 217 ff., 250 f.
 - Rechtsstellung der Mitglieder 221 ff., 252 ff., 264 ff., 275 f., 278, 279 f., 333
 - Repräsentationsprinzip 213 f., 250, 302, 307, 333
 - Schlichtungsverfahren *siehe* dort
 - Schulungsanspruch 225 f., 253 f., 266, 280, 282, 329
 - Sitzverteilung 214 ff., 250
 - Überblick über Kommissionen im evangelischen Bereich 206 ff.
 - Verbandsprinzip 175 f., 213, 250, 306, 333
 - Vorsitzender 224 ff., 227 f., 240, 249 f., 251, 256, 258 f., 273, 284 f., 319 ff., 326
- Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzegesetz 6, 205 f.
- Arbeitsvertragsrichtlinien
 - Allgemeine Geschäftsbedingungen 269 f., 334
 - Billigkeitskontrolle 141, 172, 197, 268 ff., 272, 297, 315, 334, 389
 - eigenständiges Kirchenrecht 31, 299
 - Inhaltskontrolle 83, 269 ff., 313
 - Leistungsbestimmungsabrede 268, 299 ff.
 - normative Wirkung 176, 244 f., 289, 297 ff., 333
 - Ordnungscharakter 301 f.
 - Rechtskontrolle 167, 268 f.
 - Richtigkeitsgewähr 83 f., 141 f., 251, 260, 268 ff., 289, 297

- Stellung im kanonischen Recht 292 f.
- Verbindlichkeit *siehe* Verbindlichkeit der Kommissionsbeschlüsse
- Vertrag zugunsten Dritter 300
- Vertretungsmacht 300
- Asymmetrische Normkollision 139, 163 f., 367
- Auftrag
 - kirchlicher *siehe* dort
 - staatlicher *siehe* dort
- Aussperrungsrecht 5, 151 ff., 157, 209, 343 f., 368, 379

- Besonderes Gewaltverhältnis 97
- Bestandsschutzgarantie
 - der Gewerkschaften 159
 - der Kirchen 158 f., 161
- Bestimmtheitsgebot 86
- Betätigungsrecht der Kirchen 60 ff.
- Betriebsautonomie *siehe* Betriebsverfassungsrecht
- Betriebsverfassungsrecht
 - deklaratorische Bedeutung des § 118 Abs. 2 BetrVG 27, 104, 124 f.
 - Dualismus 106
 - Erst-Recht-Schluss 102, 112, 126, 160
 - Exemtionsklausel 8, 22, 27, 102, 160, 266
 - Fernwirkung des § 118 Abs. 2 BetrVG *siehe* Kirchlicher Streikausschluss
 - Freistellung der Kirchen 101 f.
 - Gleichbehandlungsgrundsatz 105 ff., 109
 - Kooperationsgedanke 102 f., 115, 126, 141
 - Partnerschaftsgebot 106
 - Rechtsgebietskonkurrenz zwischen Streikrecht und Mitarbeitervertretungsrecht 125 f., 153
 - Regelungsgegenstand 120 f.
 - Spannungsmoment 103
 - Verfassungskonformität des § 118 Abs. 2 BetrVG 103 ff.
 - Verhältnis zur Tarifautonomie *siehe* Tarifautonomie
 - Zwangsmomente 121
- Boykott 156

- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 337, 344
- Chefarzt-Beschluss 38 ff., 176 f.

- Daseinsrecht der Kirchen 60 ff.
- Dienstgemeinschaft
 - Abstufung nach Rang und Funktion 107 f., 128 f., 143 f.
 - Bedeutung in der Praxis 131 ff.
 - Leitbild 21, 107, 110, 129 ff., 139, 150, 161, 203, 314 f., 377
 - Priestertum aller Gläubigen 107, 129, 145 f.
 - rechtstheologische Bedeutung 128 ff.
 - Spaltungswidrigkeit 1, 108 f., 133 f., 143 ff., 158 f.
 - Taufgemeinschaft 145 f.
- Dienstherrnfähigkeit 23, 108, 148 ff.
- Dienstnehmer
 - Abgrenzung zu Statuspersonal 22 f.
 - Doppelstellung 137, 147
 - Einsatz als Streikbrecher 148, 152
 - monetäre Motivation 137 f., 346
 - Prima-facie-Vermutung für religiöse Motivation 138 f.
 - religiöse Motivation 22, 107, 137 f., 175, 286
 - Verhältnis zu Arbeitnehmern und Beamten des öffentlichen Dienstes 99 ff., 160
- Dienstvertragsordnung *siehe* Arbeitsvertragsrichtlinien
- Dritter Weg
 - Europafestigkeit 338 ff., 342, 389
 - Europäische Menschenrechtskonvention 354, 367, 370, 372 ff., 377 f.
 - geschichtliche Entwicklung 200 ff.
 - Gleichrangigkeit mit Tarifautonomie 115 f., 160 f., 166, 178, 181, 261 f., 280 f., 301, 318
 - Integrationsfestigkeit 345 ff., 384
 - Schutzgut der Koalitionsfreiheit 175
- Drittwirkungsklausel 74, 76, 85, 87 ff., 116, 169, 181 f., 192, 195, 277, 333, 387 f.
- Bestandsschutz der Dienstnehmervertreter 276 f.
- formelle Eignung als für alle geltendes Gesetz 88 f.
- Freistellungsanspruch der Dienstnehmervertreter 282 f.
- Geltung für individuelle und kollektive Koalitionsfreiheit 89 ff., 182

- Geltung für private und hoheitliche Rechtssubjekte 91, 182
- Geltung für Tarif- und Streikrecht 89 ff.
- materielle Eignung als für alle geltendes Gesetz 89 ff.
- mittelbare Drittwirkung 181 f.
- Paradoxie 90 f., 182
- Schutz der Kirchen vor Tarif- und Streikrecht 181
- unmittelbare Drittwirkung 85, 87, 89 f., 181
- Drittwirkungslehre 30, 38

- Eigene Angelegenheiten der Kirche
 - kirchliche Einrichtungen 24 ff., 46 ff.
 - kirchlicher Rechtsschutz 15, 319 ff.
 - kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht 19 ff.
 - kirchliches Selbstverständnis als Definitionskriterium 16 ff., 18 ff.
 - Natur-der-Sache-Formel 18 f., 31
 - objektiver Maßstab 16 ff.
 - subjektiver Maßstab 18 f.
- Eigentumsfreiheit 136, 158
- Einheit der Verfassung 34, 39, 66, 116, 136, 186, 194
- Einheit des Dienstes 107 ff., 137, 143, 146, 154, 161, 289, 291, 300, 305, 316
 - Gewerkschaftsinteressen 316
 - umfassende Regelungskompetenz 69, 109, 161
- Entweder-Oder-Entscheidung 193, 196
- Ersatzgesetzgeberfunktion der Gerichte 79, 111, 303
- Erster Weg 202 f., 296
- Europäische Menschenrechtskonvention
 - Bedeutung in der deutschen Rechtsordnung 374 ff.
 - Berücksichtigungspflicht deutscher Gerichte 376 ff., 385, 390
 - Letztentscheidungsrecht des BVerfG 378
 - mehrpoliges Grundrechtsverhältnis 376
 - Rezeptionshemmnisse 376 ff.
- Europäische Sozialcharta 337, 378 ff.
 - Gesetzesvorbehalt 379 f.
 - kirchlicher Streikausschluss 379 f.
 - Streikrecht 379 f.
- Exekutive 86 f.
- Folge der Rechtswahl 20 f., 127, 150
- Für alle geltendes Gesetz
 - Abschichtungsmodell 44 f.
 - abstrakt-typologische Vorprägung 13, 43 f.
 - Abwägungslehre 8 f., 12 f., 29, 31, 35 ff., 39 ff., 70, 86, 163 ff., 169, 173, 182, 185, 191 ff., 261 f., 324, 354, 359, 368 ff., 380, 389
 - allgemeines Gesetz 35, 85
 - Bereichslehre 13, 18, 29 ff., 36, 325
 - Bereichsscheidungslehre *siehe* Bereichslehre
 - besonderes Gewicht des Selbstbestimmungsrechts 13, 42
 - Bremer Pastorenfall 36
 - Chefarztbeschluss 38 ff., 176 f.
 - Drittwirkungsklausel *siehe* dort
 - Generalklauseln *siehe* dort
 - Gesamtnation als politische, Kultur- und Rechtsgemeinschaft 34 f., 69 f.
 - Gleichartigkeit mit Grundrechten 42, 185, 195, 387
 - Gleichrangigkeit mit Grundrechten 42, 115 f., 178 ff., 185, 190, 195, 262, 301, 387
 - Heckelsche Formel 13, 33 ff., 69 f.
 - Jedermanns-Formel 13, 32 f., 36 f., 39, 70
 - Koalitionsfreiheit *siehe* dort
 - kollidierendes Verfassungsrecht 45 f.
 - Koordinierungsfunktion 30, 180
 - offene Gesamtabwägung 39 f.
 - Richterrecht *siehe* dort
 - staatskirchenrechtlich modifizierte Abwägungslehre 35 ff., 41 ff., 70
 - Wechselwirkungslehre 12 f., 35 f., 40, 44, 77, 169
- Gebot der Lohngerechtigkeit 130, 139 ff., 147, 154, 209, 263, 289, 294, 297, 299, 390
- Gegensatz von Kapital und Arbeit
 - Fehlen eines Interessengegensatzes 136
 - Funktionszusammenhang mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht 136
 - kirchengemäß modifizierter Interessengegensatz 99, 106, 135 ff., 141, 160, 260, 276, 286
 - kollektiver und individueller Prüfungsmaßstab 137 f.

- umfassender Interessengegensatz 99, 118, 127 f., 135 ff., 160
- Generalklauseln 8, 74, 76 ff., 80 f., 88, 92, 169
- Gesetzgebungskompetenz 79, 92
- Gestaltungsspielraum des kirchlichen Gesetzgebers 41, 103 ff., 189 f., 196, 262, 308, 312, 331
- Gewerkschaften
 - Fremdbestimmung des kirchlichen Auftrags 310 f.
 - Gefährdung der Einheit des Dienstes 316
 - Hilfsfunktion zur Paritätsherstellung 311 f.
 - Mitwirkung im Dritten Weg 281, 309 f., 317 f., 372 f.
 - Personalautonomie 149
 - soziale Mächtigkeit 216, 312 ff., 334, 389
 - Verhältnis zur Dienstgemeinschaft 314 f.
- Gewohnheitsrecht 79, 81, 95 ff., 160, 375
- Glaubwürdigkeit der Kirchen 1, 8, 21, 43, 101, 107, 127, 133 f., 145, 151, 157 ff., 161, 245 f., 352 ff., 362, 372, 391
- Gleichgeordnete Grundrechtsträger 77 f., 92, 190, 303, 379
- Grundrechte
 - Dritter 177 f., 187
 - Kernbereich 170, 377
 - Menschenwürdegehalt 75 f., 79, 182 f., 345 f.
 - Rangverhältnis der Grundrechte *siehe* dort
 - Wesensgehalt 170, 184, 194 f., 345
- Grundrechtsähnliches Recht 62, 64
- Grundrechtsbindung der Kirchen
 - mittelbare Bindung der Kirchen an Koalitionsfreiheit *siehe* dort
 - unmittelbare Bindung der Kirchen an Koalitionsfreiheit *siehe* dort
- Grundrechtsfunktion
 - Abwehrfunktion 17, 41, 50, 75, 87, 93, 188, 286
 - objektiv-rechtliche Funktion 87, 104, 109, 115 f., 188 f.
 - pflichtenbegründend 76, 87, 89, 92 f., 149
 - rechtsbegründend 88 f.
 - Schutzpflichtenlehre *siehe* dort
- subjektiv-rechtliche Funktion 87, 115 f., 188 f.
- Grundsatz der Parität
 - Aussitzen von Streiks 152, 155 f., 161, 368
 - Aussperrungsmöglichkeit für die Kirchen 151 ff., 157, 368
 - Bedeutung des BetrVG 266 f., 276
 - Bestandsschutz der Dienstnehmervertreter 276 f.
 - Bestandsschutz der Dienstnehmervertreter durch Drittwirkungsklausel 275 ff.
 - Einflussmöglichkeiten der Dienstnehmervertreter 265 f.
 - Einsatz von Leiharbeitnehmern 152 ff., 161
 - Einsatz von nichtstreikenden Dienstnehmern 152 ff., 161, 368
 - Einsatz von öffentlich-rechtlichem Statuspersonal 147 ff., 161, 368
 - Fachkompetenz der Dienstnehmervertreter 273 f., 279 ff., 373
 - formelle Parität 264
 - Freistellungsanspruch der Dienstnehmervertreter 224 f., 253 f., 282 f.
 - Freistellungsanspruch der Dienstnehmervertreter aus Drittwirkungsklausel 282
 - Hilfsfunktion der Gewerkschaften zur Paritätsherstellung 311 f.
 - katholischer Hausgehilfenverband 285 f.
 - kirchengemäßer Paritätsbegriff 261 ff., 277, 332, 388
 - Kräftegleichgewicht 83, 151, 157 f., 263 ff., 274 ff., 277, 281 f., 285, 311, 313, 328, 332 f., 371, 389
 - Parität im Dritten Weg aus Sicht der Rechtsprechung 267 ff.
 - Paritätsbegriffe 187, 261 f.
 - paritätsherstellende Funktion des kirchlichen Selbstverständnisses 139 ff., 262 f., 264 f., 281
 - Rechtsstellung der Dienstnehmervertreter 221 ff., 252 ff., 264 ff., 275 f., 278 ff., 333
 - Schlichtungsverfahren *siehe* dort
 - Schulungsanspruch der Dienstnehmervertreter 225 f., 253 f., 266, 280, 282, 329

- selbstverständniswidrige Verteidigungsmittel 151 ff., 157 f.
- Streikbruchprämie 154, 161
- Streikrecht 81
- Suspendierung von Beteiligungsrechten der Mitarbeitervertretungen 125 f., 152 f.
- tariflicher Paritätsbegriff 261 f.
- Unabhängigkeit der Dienstnehmervertreter 275 ff.
- Unwägbarkeiten des Schlichtungsverfahrens 274, 283 ff.
- Verfahrensschutz der Dienstnehmervertreter 277 f.
- Grundsatz der praktischen Konkordanz
 - Begriff 185 f.
 - materielle Vagheit 190 f.
 - Optimierungsgebot 185, 190
 - Unanwendbarkeit 193 f.
 - Verhältnis zum *ordre public* 168 ff.
- Grundsatz der Tarifeinheit 317
- Gute Sitten 51, 167, 172 f., 272, 370
- Güterabwägung *siehe* Abwägung

- Hinkende Normkollision 164 f., 195, 367, 387 f.

- Internationale Arbeitsorganisation
 - Internationaler Gerichtshof 382, 384
 - Streikrecht 381 f., 385, 390
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte 382 f., 385, 390
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 382 f., 385, 390

- Judikative 78 f., 87, 92

- Kirchenbeamte 23, 99 ff., 107 f., 129, 147 ff., 200 f., 212
- Kirchengemäßes Untermaßverbot 163 ff., 194 ff., 199, 259 ff., 276, 282, 307, 318, 328, 332, 388
- Kirchliche Einrichtungen
 - Abgrenzung zur verfassten Kirche 46 ff.
 - eigene Angelegenheiten der Kirche 24 ff.
 - Geltung des kirchlichen Arbeitsrechts 208 f., 290 f., 387
 - Rechtsform 46, 150
 - Überschneidungstheorie 65 f.
 - Verfassungsbeschwerde 65 f.
 - Zuordnung einer Einrichtung zur Kirche *siehe* dort
 - Zutrittsrecht 78, 85, 247, 318
- Kirchliche Loyalitätsobliegenheiten
 - Abstufung 21 f., 39, 100 f., 108, 145, 160
 - erste Prüfungsstufe 37
 - Gewichtung 39
 - Schrankentrias 37
 - Vergleich mit staatlichen Treuepflichten 99 ff.
 - zweite Prüfungsstufe 37
- Kirchlicher Auftrag 4, 43, 73, 99, 134, 136, 147 ff., 154, 158, 160 ff., 295
 - Heilsauftrag 68, 109, 129, 140, 144, 147 f., 150 f., 153 f., 286, 296, 388
 - karitativer Auftrag 7
 - Missionsbefehl 1, 30, 129, 159
 - Öffentlichkeitsauftrag 129, 159
 - Sendungsauftrag 1, 8, 11, 24, 39, 68, 108, 144, 147 ff., 150 f., 158, 161, 174, 354, 378
 - Suspendierbarkeit 1, 143 f., 147 ff., 150 ff., 155, 158, 161, 388
 - Verbindlichkeit 1, 8, 147 ff., 151, 158, 161, 354
 - Vergleich mit staatlichem Auftrag 101, 160
 - Verkündigungsauftrag 33, 108, 129, 132, 143, 145 ff., 157, 161, 346, 369
- Kirchlicher Dienst
 - Bindungswirkung der Koalitionsfreiheit 73 ff.
 - Funktionsbedingungen 129
 - Maßstabfunktion des Art. 33 Abs. 5 GG 98 f., 101, 160, 165, 388
 - Vergleich mit öffentlichem Dienst 97 ff., 160
- Kirchlicher Rechtsschutz
 - Arbeitsgericht 322
 - Befugnis zur Errichtung einer Kirchengerichtsbarkeit 15, 321
 - Einzelfragen 328 ff.
 - Inzidentkontrolle 331 f.
 - Justizgewährungsanspruch 322 ff.
 - materieller Ansatz 322 ff.
 - ordentliches Gericht 322
 - prozessualer Ansatz 322 ff.

- Rechtsschutzmonopol 321
- soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit 327 f., 335
- subsidiäre Zuständigkeit 325 f.
- Überblick über kirchliche Rechtsquellen 319 ff.
- Kirchlicher Streikausschluss
 - arbeitsvertragliche Vereinbarung 191 f.
 - Bedeutung des Kirchenbeamtentums 99 ff., 107 f., 147 ff.
 - Europafestigkeit 338 ff., 389
 - Europäische Menschenrechtskonvention 367 ff.
 - Fernwirkung des § 118 Abs. 2 BetrVG 111 ff., 121 ff., 126
 - Integrationsfestigkeit 345 f., 384
- Kirchliches Selbstverständnis
 - besonderes Gewicht 13, 40, 42 f.
 - Glaubens- und Sittenlehre 1, 21, 35, 101, 134, 159, 161, 167, 172 f., 175 f., 257, 294, 353 f., 370, 372, 377
 - Konfrontationsgedanke 1, 102, 106, 126 f., 154, 160, 301
 - Versöhnungsgedanke 1, 106, 127, 129, 141, 154, 158, 354
- Koalitionsfreiheit
 - Alleingeltungsanspruch 112 ff., 171, 194
 - Anpassung an Besonderheiten des kirchlichen Dienstes 115 ff., 142, 159 ff., 166, 174, 388
 - Arbeitnehmergrundrecht 155 f., 288
 - Ausgestaltung 115 ff., 161, 175, 181, 196, 388
 - Dienstnehmervertreter als Träger 276 f., 282, 302 f.
 - Doppelgrundrecht 113, 182
 - Eingriff 116, 159, 161, 165, 171, 318, 388
 - formelle Eignung als für alle geltendes Gesetz 86 ff., 88 f.
 - Garantie der Aushandlung angemessener Arbeitsbedingungen 280 f.
 - Garantie der Chance zur Förderung der Arbeitsbedingungen 317
 - individuelle 86, 89 ff., 93, 113, 175, 182
 - Kirchen als Träger 174 f., 181
 - Koalitionseinigung 115, 160 f.
 - Koalitionsgegensatz 115, 160 f.
 - kollektive 86, 90, 113, 174 f., 181 f., 302, 305
 - Kompromisscharakter 114
 - materielle Eignung als für alle geltendes Gesetz 88, 89 ff.
 - negative 86, 155, 175 f., 181, 304 f.
 - normgeprägt 115, 161
 - Ordnungspluralismus 115 ff., 160, 166, 388
 - Paradoxie 90 f., 182
 - positive 86, 175, 305
 - Rangverhältnis zum Selbstbestimmungsrecht *siehe* Rangverhältnis der Grundrechte
 - soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit *siehe* dort
 - Unverfasstheit 114, 159, 166
 - verfassungsunmittelbare Beschränkung durch Art. 33 Abs. 5 GG 77, 98, 160, 165
 - verfassungsunmittelbare Beschränkung durch das Selbstbestimmungsrecht 88, 115 f., 135, 139, 164 ff., 174
 - verfassungsunmittelbare Integration der Besonderheiten des kirchlichen Dienstes 115 f., 135, 160, 174
 - Wesensgehalt 182 ff.
- Koalitionsspezifische Betätigungsfreiheit *siehe* Gewerkschaften
- Kollisionsnorm 12, 46, 62, 65 ff., 165, 168 f., 180, 195
- Kompetenz-Kompetenz 19, 30, 32 f., 136
- Konventionsrechtliches Selbstbestimmungsrecht
 - Abstufung von Loyalitätsobliegenheiten 353
 - Doppelgrundrecht 348 f., 350, 352
 - Ermessensspielraum 350, 363 ff., 372
 - Glaubwürdigkeit der Kirchen 353 f., 362, 372
 - Kirchen als Träger 348 f., 350, 352
 - kirchliche Glaubens- und Sittenlehre 353, 370, 372
 - Loyalitätsobliegenheiten 349 f., 352 f.
 - Maßstabfunktion der Gewerkschaftsfreiheit 349
 - Obst 352 f.
 - Rommelfanger 351

- Rückführbarkeit auf Religionsfreiheit 348, 354
- Schüth 352 f., 354, 368 ff.
- Schutzzumfang 347, 350 ff., 364 f., 384
- Siebenhaar 352 f.
- Sindicatul Păstorul cel Bun/Rumänien 347, 355, 358 ff., 364 f., 372
- Tendenzschutz 350 f., 353, 355, 365
- Transzendenzschutz 351, 353, 355, 365, 384
- Konventionsrechtliches Tarif- und Streikrecht
 - absolute Garantie des Streikrechts 357 f., 370 ff.
 - Bedeutung für deutsches Beamtenstreikverbot 98
 - Beschränkbarkeit des Streikrechts 357 f., 359 f., 360 ff., 367 ff.
 - Eingriff 360, 367, 384
 - Ermessensspielraum 356 f., 363 f.
 - Gleichwertigkeit von Streikrecht und Drittem Weg 372, 384
 - Grundsatz der Parität 368, 372 f.
 - Kernbereich 351, 358 ff., 365
 - Mitwirkung der Gewerkschaften im Dritten Weg 372 f.
 - Schutzbereich 355 ff.
 - Streikausschluss gesetzlich vorgesehen 373 f.
 - Teilstreikrecht nach Verkündungsnähe 369 f., 377
 - umfassendes Streikrecht 357 f., 369
- Legislative 78 f., 86 f., 92
- Legitimationsakt 122, 300, 304 ff., 333, 389
- Leiharbeitnehmer 2, 131 f., 152 ff., 161
- Letztentscheidungsrecht der Kirchen
 - Bedeutung für Parität 294 f.
 - Begriff des Letztentscheidungsrechts 291 f.
 - Begriff des Vetorechts 291 f.
 - Bundespräsident 295 f.
 - einfacher Gesetzgeber 295 f.
 - Gesamtverantwortung 293 f.
 - Gewerkschaften 310 f.
 - Grenzen 296
 - rechtspraktische Bedeutung 243
 - Rechtsschutz 332
- Letztentscheidungsrecht des Staates 33, 70
- Lüth-Urteil 38
- Mandat
 - arbeitsrechtliches Mandat der EU 339, 343, 383, 389
 - beschäftigungsregulatives Mandat der Gewerkschaften 1, 118, 303, 311
 - ekklesiologisches Mandat der Kirchen 16, 109, 121, 131 ff., 146, 161, 311, 332
 - soziales Mandat der Kirchen 140
- Meinungsfreiheit 37, 51, 350
- Menschenwürde 30, 62, 76, 79, 104 f., 136, 156, 178, 182 ff., 195, 345 f., 384
- Mitbestimmungsrecht
 - Pflicht der Kirchen zum Erlass 309 ff.
 - Teil der eigenen Angelegenheiten 22
- Mitbestimmungsurteil 117 f.
- Mittelbare Bindung der Kirchen an Koalitionsfreiheit
 - formelle und materielle Bindung an Streikrecht 76 ff.
 - Reichweite 95 ff.
- Neutralitätsgebot des Staates 16 ff., 45, 134 f., 262, 340 f., 391
- Normbestimmtheit 86, 92
- Normklarheit 86
- Normtypkollision *siehe* Hinkende Normkollision
- Notkompetenz der Gerichte 79, 92, 303
- Öffentlicher Dienst
 - Treuepflichten 98 ff., 160
 - Vergleich mit kirchlichem Dienst 97 ff., 160
- Öffentlich-rechtliche Körperschaft 46 f., 75, 148, 150, 169, 200, 321
- Öffentlich-rechtliche Regelungsbefugnis
 - der Kirchen 31, 147 ff., 163 ff., 195, 301 ff.
 - des Staates 301 f.
- Öffnungsklausel 84, 125, 271
- Ordnungspluralismus *siehe* Koalitionsfreiheit
- Ordre public 9, 43, 111, 163, 167 ff.
 - Anwendbarkeit im kirchlichen Bereich 168 f., 196, 389

- Billigkeitskontrolle 172, 197, 389
- innerstaatlicher 169
- internationale 169
- Prüfungsmaßstab im kirchlichen Dienst 167, 389
- Organisationsgrad 97, 214 ff., 314

- Paritätsgrundsatz *siehe* Grundsatz der Parität
- Parlamentarischer Rat 51, 53 ff., 57 ff., 61, 64 f.
- Plausibilitätskontrolle 19, 39, 132, 135, 146
- Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 338
- Prozessstandschaft 48, 65, 350

- Rangverhältnis der Grundrechte
 - Rangordnung im Grundgesetz 178, 195
 - Vorrang der Koalitionsfreiheit aufgrund der Drittwirkungsklausel 181 f., 195
 - Vorrang der Koalitionsfreiheit aufgrund der Nähe zur Menschenwürde 182 ff., 195
 - Vorrang der Koalitionsfreiheit aufgrund der Schrankentypik 179 ff., 195
 - Vorrang des Selbstbestimmungsrechts 80, 114, 184 f., 195
- Rechtfertigungslösung 28 f., 160, 171, 175 ff., 190 f., 367, 384, 388
- Rechtsformfreiheit 20 f., 24
- Rechtsschutz der Kirchen *siehe* Kirchlicher Rechtsschutz
- Religionsfreiheit
 - Abwehrfunktion 50, 62
 - Doppelgrundrecht 50
 - genetische Auslegung 53 ff.
 - individuelle 50, 57, 59, 175 f., 345, 348 f., 352, 354, 384
 - Kernbereich 14, 62, 68, 70, 144, 148, 158, 162, 194, 282, 377, 387
 - kollektive 50, 59, 175
 - korporative 11, 39, 50, 52 ff., 57 ff., 62, 70, 132, 175, 346, 348
 - Kulturvölkertheorie 49
 - Menschenwürdegehalt 62, 178, 182 ff., 195, 345 f., 384
 - negative 50, 176, 184
 - positive 50, 175 f., 184
 - Schrankenleihe 51, 67
 - Schrankensystematik 48 f., 51 f., 60 f., 66 ff., 180
 - Schutzbereich 14, 49 f., 58, 68 f., 70, 387
 - Schutzpflicht des Staates 50 f.
 - Wesensgehalt 140, 147, 162
- Religionsgemeinschaften
 - Abgrenzung zu kirchlichen Einrichtungen 46 ff.
 - Begriff 46 ff.
 - Begriff der Kirche 46 f.
- Religionsgesellschaften *siehe* Religionsgemeinschaften
- Richterrecht 8, 80 ff., 92, 96, 303, 373 f., 379
 - autonome Rechtsquelle 80 f.
 - formelle Eignung als für alle geltendes Gesetz 8, 80 f.
 - gesetzvertretendes 80 f., 92
 - lückenfüllendes 81, 92, 303
 - materielle Eignung als für alle geltendes Gesetz 8, 82 ff.
- Richtigkeitsgewähr 83 f., 141 f., 151, 260, 268 ff., 289, 297, 333 f.

- Schicksalsfrage 7, 391 f.
- Schlichtungsausschuss
 - Amtszeit 233 ff., 255
 - Beschlussfassung 236 f., 257 ff.
 - Besetzungsverfahren 230 f., 254 ff.
 - Geschäftsführung 236 f., 257 ff.
 - Kirchengenicht 325 f.
 - paritätische Besetzung 230 f., 254 ff.
 - personale Mitgliedsvoraussetzungen 231 ff., 255 f.
 - Rechtsstellung der Mitglieder 235 f., 255 f.
 - Schlichtungsverfahren *siehe* dort
 - Vorsitzender 230 f., 232 f., 234, 236 f., 254 f., 284 f., 287, 320 f., 326, 334
- Schlichtungsverfahren 206, 234, 236 f., 238 f., 241 ff.
 - Los 237, 254, 256, 258, 284 f.
 - paritätsherstellende Funktion 282
 - Unwägbarkeiten 274, 283 ff., 333
 - Verfahren zur ersetzenden Entscheidung 259
 - Vermittlungsverfahren 256, 257 ff.
 - einstufiges 241 f.
 - zweistufiges 236 f., 241 ff., 257 f.

- Schrankenleihe 51, 67
 Schranken-Schranken 17, 86, 92, 341
 Schrankenspezialität 14, 52 f., 177
 Schrankentrias 37, 51, 167, 179 f., 370
 Schutz der Ehe 40 ff., 352
 Schutzpflichtenlehre 8, 50, 76 ff., 80, 88, 92, 105, 116, 188 f.
 Selbstbestimmungsrecht
 – anpassungswidrig 117
 – Augsburger Religionsfrieden 61
 – derivatives 48, 65, 132
 – Freiheitsgrundrecht 12, 41, 164 ff., 195 f., 367
 – genetische Auslegung 53 ff.
 – Gleichartigkeit mit Koalitionsfreiheit 42, 185, 195, 387
 – Gleichrangigkeit mit Koalitionsfreiheit 42, 185, 195, 387
 – institutionelle Garantie 12, 40 ff., 45 f., 68 f., 164 ff., 177, 346, 348, 367, 387 f.
 – Kernbereich 14, 31, 43, 62, 68 f., 70, 144, 148, 162, 180, 216, 282, 327, 377, 380, 382, 387
 – konventionsrechtlicher Schutz *siehe* Konventionsrechtliches Selbstbestimmungsrecht
 – Menschenwürdegehalt 62, 182 ff., 195, 346, 384
 – Ordnen 15, 27, 69
 – organisches Ganzes mit Religionsfreiheit 39, 51, 61, 176 f., 180 f.
 – originäres 48, 65, 133
 – Prima-facie-Vorrang 28, 138, 184
 – Randbereich 14, 62, 144, 180
 – Rangverhältnis zur Koalitionsfreiheit *siehe* Rangverhältnis der Grundrechte
 – religiöse Gründungsfreiheit 60 f.
 – Schrankensystematik 14, 28 ff., 52 f., 60 f., 66 ff., 179 ff.
 – selbständig 28
 – thematische Teilidentität mit Religionsfreiheit 68 f.
 – Träger 46 ff.
 – Transzendenzschutz 21, 105 ff., 176, 311
 – Überschneidungstheorie 63 f., 65 f.
 – unionsrechtlicher Schutz *siehe* Unionsrechtlicher Schutz der Religionsgesellschaften
 – Verfassungsbeschwerde 62 ff.
 – Verhältnis zur Religionsfreiheit 14, 52 ff., 60 f., 66 ff.
 – Verwalten 15
 – vollgültiges Verfassungsrecht 61
 – Wesensgehalt 162, 194 f., 196, 377, 385
 – Westfälischer Frieden 61
 Selbstverständnis der Kirchen *siehe* Kirchliches Selbstverständnis
 Soziale Mächtigkeit der Kirchen 66 f., 75, 179 f.
 Soziale Mindeststandards der Koalitionsfreiheit 73, 115, 136, 161, 165, 167, 174 f., 196, 199, 259 ff., 276, 318, 327 f., 335, 388 f.
 Sozialstaatsgebot 85, 104 f., 111, 183
 Staatlicher Auftrag 101, 160
 Staatsbeamte 99, 160
 – Streikausschluss 97 f.
 Streikausschluss *siehe* Kirchlicher Streikausschluss
 Streikrecht
 – „bisschen Streik“ 193
 – absolute Garantie 194 f., 357
 – formal-gesetzliche Grundlage 76 ff., 92
 – Hilfsfunktion zur Tarifautonomie 82, 184 f., 368
 – individuelles 91, 175, 357, 379
 – konventionsrechtlicher Schutz *siehe* Konventionsrechtliches Tarif- und Streikrecht
 – Schutzpflichtenlehre 76 ff.
 – Streikbrecher 77, 148, 152, 154
 – Teilstreikrecht 3 f., 108, 134, 142 ff., 161, 369, 377
 – Teilstreikrecht für Nichtchristen 145 f.
 – Teilstreikrecht nach Verkündungsnähe 108, 142 ff., 377
 – Überblick über Streiks im kirchlichen Dienst 3 ff., 201
 – unionsrechtlicher Schutz des Streikrechts *siehe* Unionsrechtliches Tarif- und Streikrecht
 – Wesensgehalt 112, 164, 182 ff., 194 f., 196
 Tarifautonomie
 – absolute Garantie 112 ff., 118 f., 194 f., 357, 370 ff.

- akzessorisch zu spezifischen Umweltverhältnissen 119
- Alleingeltungsanspruch 83, 112 ff., 159 ff., 171, 261 f., 311, 318
- Beschränkbarkeit *siehe* Verhältnis zur Betriebsautonomie
- Einrichtungsgarantie 113 f., 118
- institutionelle Garantie 113 f., 119
- Institutsgarantie 113
- konventionsrechtlicher Schutz *siehe* Konventionsrechtliches Tarif- und Streikrecht
- Tarifprimat i. e. S. 112 ff., 122, 124
- Tarifprimat i. w. S. 112 ff., 122, 124, 261 f.
- unionsrechtlicher Schutz des Tarifrechts *siehe* Unionsrechtliches Tarif- und Streikrecht
- Verhältnis zur Betriebsautonomie 114, 117 ff., 122 ff., 160 f.
- Wesensgehalt 194, 196
- Tarifvertragssystem *siehe* Tarifautonomie
- Tatbestandskongruenz 174 f., 196, 388
- Tatbestandskonkurrenz 174, 196, 388
- Tatbestandslösung 9, 160, 163, 171, 174 f., 318, 367, 384
- Tendenzschutz 21, 104, 106 ff., 145, 338, 342, 350 f., 353, 355, 365
- Transzendenzschutz 21, 105 ff., 176, 310 f., 351 ff., 365, 384
- Trennung von Staat und Kirche 15 f., 18, 28, 69, 109, 133 ff., 200, 324, 341 f., 365, 391

- Übermaßverbot 81, 186, 188 ff.
- Unionsrechtlicher Schutz der Religionsgesellschaften
 - Achtung der nationalen Identität 340 ff., 384
 - Amsterdamer Erklärung 341
 - Kompetenztitel der EU im Staatskirchenrecht 339 ff., 383 f.
 - Selbstbestimmungsrecht als Gemeinschaftsgrundrecht 342 f.
 - Subsidiaritätsgrundsatz 339 f., 384
- Unionsrechtliches Tarif- und Streikrecht 342, 346
 - Kompetenztitel der EU 343 f.
 - Streikrecht als Gemeinschaftsgrundrecht 344
- Unmittelbare Bindung der Kirchen an Koalitionsfreiheit 74 ff., 92
- Unmittelbare Verfassungsprinzipien 75 f.
- Untermaßverbot *siehe* Kirchengemäßes Untermaßverbot
- Unterwerfungsakt *siehe* Legitimationsakt

- Verbandsmacht der Kirchen 75, 315
- Verbindlichkeit der Kommissionsbeschlüsse
 - Abweichung von AVR/DVO 289 f.
 - Günstigkeitsprinzip 289 f.
 - Tarifpluralität 290
 - Verbindlichkeit der AVR/DVO 244 f., 288 f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
 - arbeitskampfgemäßer 187 ff.
 - Dezisionismus 9, 191
 - horizontaler 188 ff.
 - kirchengemäßer 187 ff.
 - Kritik 166 f., 190 f.
 - Kritik an Anwendung im kirchlichen Dienst 190 f.
 - Rechtmäßigkeitsgrenze des Arbeitskampfrechts 186 f.
 - vertikaler 188 ff.
- Vermittlungsausschuss *siehe* Schlichtungsausschuss
- Vermittlungsverfahren *siehe* Schlichtungsverfahren
- Vetorecht *siehe* Letztentscheidungsrecht der Kirchen
- Vierter Weg 204
- Volenti non fit iniuria 138, 191
- Vorrangtheorie 124

- Weltanschauungsfreiheit 49 ff., 107
- Wesentlichkeitsvorbehalt 76 ff., 86 f., 92, 303, 379
- Willkürverbot 105, 167, 173, 271, 303, 370, 375

- Zuordnung einer Einrichtung zur Kirche
 - derivatives Selbstbestimmungsrecht 48, 65, 132
 - eigentümergeleiche Stellung 27
 - Einfluss der Kirchen 25 ff.
 - Goch-Entscheidung 26

- ideelle Verbindung 24 f.
- organisatorische Verbindung 25 ff.
- Prima-facie-Vermutung 28
- sachlicher Schutzbereich des Selbstbestimmungsrechts 47 f.
- satzungsmäßige Anforderungen 26 f.
- Zwangsschlichtung 84, 243, 271, 273 f., 286 ff.
- Zwei-Schrankentheorie 124
- Zweiter Weg 5 f., 273 f., 290, 302, 309 f.
 - geschichtliche Entwicklung 203 ff.
 - Praktizierung im evangelischen Bereich 206, 210 f.